

Demokratie ist das, was uns zusammenhält



Politische Bildung 2017

7. Neujahrstagung für gewerkschaftliche Bildungsarbeit in NRW



Foto: Nicolas Janberg, structure



Die Tagung im Überblick

- 13.00 Uhr Get-together mit Mittagsimbiss
- 14.00 Uhr Begrüßung
Elke Hülsmann, Geschäftsführerin
DGB-Bildungswerk NRW e.V.
- 14.15 Uhr Vortrag
Demokratie ist das, was uns zusammenhält
Prof. Dr. Dr. h. c. Gesine Schwan, Präsidentin und
Mitgründerin HUMBOLDT-VIADRINA Governance
Plattform
- 15.00 Uhr Pause
- 15.15 Uhr Podiumsgespräch mit Gesine Schwan und
Professor Dr. Christoph Bieber
- 16.15 Uhr Schlusswort
Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender DGB NRW
- 16.30 Uhr Ausklang bei Sekt, Kaffee und Kuchen

Moderation: Elke Hülsmann





Es geht um Perspektiven

Ich begrüße auch Professor Christoph Bieber. Er war im Programm nicht ausgewiesen, hat sich aber kurzfristig bereit erklärt, mit uns und Gesine Schwan über unser heutiges Thema zu diskutieren.

Ist autoritäres Handeln sexy geworden?

Wenn wir unsere Themen für die Neujahrstagung planen, dann haben wir immer ein halbes Jahr Vorlauf. Wir müssen ein Gespür dafür entwickeln, was in einem halben Jahr wohl relevant ist und was uns bewegt. Als wir das diesjährige Thema gewählt haben, standen wir im Bildungswerk und in den Gewerkschaften insgesamt unter dem Eindruck der Landtagswahlen des letzten Jahres. Wir standen unter dem Eindruck der Wahlerfolge der AfD in den Ländern. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass es Gewerkschaftsmitglieder waren, die überproportional AfD gewählt haben. Wir bekamen über den großen Teich ein Stück davon mit, wie Wahlkampf auch geführt werden kann. Und wir wussten, 2017 liegt ein Wahljahr in NRW und im Bund vor uns.

Es gab Unsicherheit, wie es oft auch bei uns und mir Unsicherheit gibt. Für mich war in meinem Leben bislang Demokratie die Staats- und Lebensform. Das habe ich überhaupt noch nie in Frage gestellt. Und jetzt – Demokratieskepsis, Demokratieverachtung. Es gibt so was wie postdemokratische Politiker und Politikerinnen. Es gibt postdemokratische Regierungen. Und es scheint so, als sei autoritäres Handeln plötzlich unglaublich sexy geworden. Jedenfalls mehr als das mühsame Geschäft demokratischer Entscheidungsfindung. Da kommen Zweifel auf an der eigenen Fähigkeit zu erklären, was das tatsächlich bedeutet. Und wenn wir solche Zweifel haben, dann stellen wir uns denen auch. Das ist gute Tradition in der Neujahrstagung.

Es gibt einen Begriff, der ist plötzlich da, den kannte ich auch noch nicht: autoritäre Demokratien. Was auch immer das jetzt ist. Und es irritiert, wenn dann gemeinhin erklärt wird: Putins Russland, Trumps Amerika, von Ungarn bis zu den Philippinen – und dass dort autoritäre Herrscher im Bund mit der Zukunft zu sein scheinen.

Lässt sich Demokratie dynamisch üben?

Carolin Emcke hat im letzten Herbst den Friedenspreis des deutschen Buchhandels überreicht bekommen und in ihrer Dankesrede gesagt: Demokratie ist keine statische Gewissheit, sie ist eine dynamische Übung im Umgang mit Ungewissheiten und Kritik. Das hört sich sportlich an. Also die Dynamik, findet die bei uns statt? Findet die in den Gewerkschaften statt? Findet die in den Betrieben statt? Weil – auch das wissen wir – Demokratie hält nicht am Werkstor, Demokratie müssen wir auch in den Betrieben leben. Wie ist da so eine Perspektive einzunehmen, dynamisch zu üben?

In der Einladung für heute haben wir Oskar Negt zitiert, wie wir ihn so oft zitieren, dass Demokratie die einzige Staatsform ist, die wir immer wieder neu lernen müssen. Aber dynamisch üben? Man muss mal gucken, wie das hinkommt.

Mich verunsichert zudem, dass es offenbar auch in den Gewerkschaften viele Menschen gibt, die glauben, in einer gesunden Demokratie gehört es dazu, dass es einen gewissen Prozentsatz gibt, der eine abweichende Meinung Richtung Rechtsextremismus vertritt. Ich frage mich, wie hoch ist denn dieser gewisse Prozentsatz? Sind das 2 %, 5 %, 10 % oder vielleicht auch bald 15 %. Macht das was mit uns? Welche Dynamik wird damit ausgelöst? Und dann hören wir: Ja, aber das sind die Menschen, die verunsichert sind. Die reagieren jetzt einfach so, weil sie verunsichert sind. Das mag sein. Ich glaube, dass viele Menschen verunsichert sind über die Frage, ob sie in Zukunft noch gebraucht werden in dieser Gesellschaft.

Arbeit 4.0 ist ein demokratierelevantes Thema

In den Gewerkschaften haben wir im letzten Jahr unfassbar viel über Industrie 4.0, über Arbeit 4.0 diskutiert und darüber, was sich da verändert.

Begrüßung durch Elke Hülsmann

Herzlich willkommen! Schon wieder ist ein Jahr rum. Erster Februar, ganz schön spät für einen Neujahrsempfang, aber es klappt noch so gerade.

Schön, dass Sie und ihr alle den Weg hierher gefunden habt in diesen großen Sitzungssaal der Rentenversicherung.

Wir haben dieses Jahr gesagt, wir suchen mal einen Raum mit Perspektive. Und den Eindruck habe ich auch, viele haben schon geguckt, wie stellt sich die Kö von hier oben dar, man kann bis Duisburg schauen auf der Seite, dort war mal die WestLB ... Und um Perspektive geht es – auch um einen Perspektivenwechsel, darum, neue Perspektiven einzunehmen.

Bevor ich jetzt die Gäste begrüße, erst einmal herzlichen Dank ans Haus, an die Rentenversicherung, dass wir hier heute tagen können, dass wir euch diese Perspektive ermöglichen können, und dass es nicht in Strömen regnet.

Der Neujahrsempfang des DGB-Bildungswerks ist inzwischen eine gute Tradition. Es fällt auch immer wieder mal das Wort „Familientreffen“. Viele hier sehen sich nur einmal im Jahr und sagen „Wir kommen gerne. Es ist ja auch immer ein Thema, was spannend ist und uns bewegt und berührt; da ist so ein Nachmittag gut investierte Zeit.“

Ich begrüße alle Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften, die heute hier sind, die zum Teil heute Morgen noch – ich gucke mal Richtung GEW – demonstriert und gestreikt haben. Viel Erfolg bei eurer Tarifaueinandersetzung, insbesondere für die Lehrerinnen und Lehrer.

Ich freue mich, dass Marlies Stotz aus dem Landtag da ist. Herzlich willkommen. Es sind die Fördermittelgeber vertreten: Frau Maschner habe ich gesehen aus dem MSW, daneben sitzt Herr Zinnikus von der Bezirksregierung Düsseldorf, Maria Springenberg-Eich von der Landeszentrale für politische Bildung, Reinhard Völzke vom MAIS – allen ein herzliches willkommen.

Die Weiterbildungs-Community aus NRW ist vertreten, wie in jedem Jahr. Es sind viele Referentinnen und Referenten da, viele Kollegen und Kolleginnen vom DGB. Ich begrüße Andreas Meyer-Lauber, unseren Vorsitzenden, und ich begrüße natürlich unsere Impulsgeberin heute, herzlich willkommen, Gesine Schwan.

Vorhin hatte ich den Eindruck, die Veranstaltung läuft schon seit eineinviertel Stunden – draußen am Stehtisch. Das war eine so angeregte und engagierte Diskussion. Ich hoffe, dass wir von den Impulsen und dem Engagement, die ihr da am Stehtisch hattet, gleich auch noch etwas in die Veranstaltung holen können.

Ich glaube, den vermeintlich Abgehängten in unserer Gesellschaft hilft keine Kritik am globalisierten Kapitalismus. Sondern mit ihnen gemeinsam müssen wir sehr generell über Zukunft der Arbeit im Zeitalter digitalisierter Industrien nachdenken. Auch darüber, welche Qualifizierungsinitiativen wir brauchen, um diese Entwicklungen sozial abzufedern. Und dann ist Industrie 4.0, Arbeit 4.0 kein anderes Thema mehr, sondern ein demokratierelevantes Thema, was wir zu bewegen haben.

Wenn wir zurückblicken, hat jeder technologische Sprung, jede technologische Entwicklung auch eine politische Entsprechung. Die Sozialdemokratie hat sich gegründet als eine Antwort auf Industrialisierung, auf die Massengesellschaft, auf den analogen Kapitalismus.

Ich kann mich noch gut an die ersten Jahre der Grünen erinnern, als eine Reaktion auf ein nukleares Zeitalter, als klar wurde, dass dieser Planet verwundbar ist.

Vielleicht ist das, was wir jetzt als digitalen Kapitalismus erleben, tatsächlich noch ohne demokratische Antwort? Eine Frage, die ich mir stelle.

Freundlichkeit, Willkommenskultur und Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Es gibt Menschen, die flüchten zurück zur Nation, Rasse, Autorität, weg von Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit. Und dann gibt es öffentliche Aufregung: „Das kann nicht sein, da müssen wir etwas dagegen tun.“ Auch wir sind gerne ein Teil davon und ich glaube, so eine öffentliche Aufregung ist für das Immunsystem der Demokratie auch absolut essentiell. Das brauchen wir. Aber wir brauchen keine falsche Aufregung. Also nicht jedem Stöckchen hinterherlaufen. Nicht über jedes Stöckchen springen, was uns hingehalten wird. Weil eine falsche Aufregung ständig verrückte Themen zu Themen macht. Das nutzt der Strategie einer Irritation, die von den Rechten angewendet wird, wieder und wieder und wieder.

Ich glaube, in unserer Auseinandersetzung ist es wichtig zu unterscheiden, damit wir uns nicht über wirklich entlarzbaren Unsinn empören, sondern über tatsächlich schlimme Fakten. Sonst gerinnt Aufregung auch zum Ritual und Rituale schrecken ab.

Ich leite gleich über zu Gesine Schwan und möchte mit einem Zitat von Adorno schließen. Der hat in der Minima Moralia geschrieben: „Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, sich



Ist der digitale Kapitalismus tatsächlich noch ohne demokratische Antwort?

Was wir beobachten, ist tatsächlich auch ein moralischer Druck auf die Gesellschaft, und zwar sowohl im Inneren als auch im Äußeren. Es gibt eine Menge an Widersprüchen – zwischen Alt und Jung, zwischen Stadt und Land, zwischen Fremden-

weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht dumm machen zu lassen.“

Demokratische Geschichte wird von uns allen gemacht.

In dem Sinne wünsche ich uns heute eine gelingende Veranstaltung und bitte Gesine Schwan um ihren Vortrag. Wir sind alle ganz gespannt. Der wird sehr frei sein und ich freue mich, heute hier eine Rednerin zu haben, von der ich ein Zitat fand das da lautet: „Ich lebe, um die Welt besser zu machen.“ Da arbeiten wir dran!!!



Demokratie lebt von Teilhabe

Vortrag Gesine Schwan

Liebe Elke Hülsmann, liebe Kolleginnen- und Kollegen, meine Damen und Herren,

ja, das Zitat ... das haben uns jedenfalls unser Vater und unsere Mutter erzählt, dass wir die Welt besser zu machen hätten.

Das war dann vielleicht eine Kurzfassung dieses Erziehungsauftrags, mit dem wir groß geworden sind, mein Bruder und ich.

Ich danke sehr herzlich für die Einladung. 45 Minuten an einem Stück reden, das kriege ich schon hin, aber ob 45 Minuten an einem Stück zuhören so lustig ist, da bin ich mir nicht so sicher und deswegen müssen wir mal gucken, ob wir das irgendwie so hinbekommen, dass in größerem Umfang Langeweile vermieden wird.

Das Thema, das ich hier habe, ist ja kein von sich aus ganz verständliches Thema: Demokratie ist das, was uns zusammenhält.

In normalen Zeiten hat man Demokratie mit Freiheit, mit Wohlstand oder mit sonst was assoziiert, aber dass Demokratie, wo es auch so viel Streit gibt, wo es auch Kampf um Macht gibt, ausgerechnet eine Gesellschaft zusammenhält, ist nicht das Erste, was einem bei Demokratie einfällt. Und man muss ja auch sagen, wir gehen alle davon aus, dass wir in einer Demokratie leben, und trotzdem haben wir den Eindruck, dass da irgendwas nicht so richtig zusammenhält. Und insofern glaube ich, brauchen wir gute Argumente und Überzeugungsarbeit, vielleicht auch noch mal ein anderes Verständnis oder eine Erneuerung von auch früher schon bekannten Verständnissen von Demokratie, aber wohl auch noch einige Erneuerungen, um diese Behauptung, die hier kühn ausgesprochen worden ist – und ich habe gehört, das war meine Formulierung, also muss ich dazu auch stehen –, dass diese Behauptung dann auch wirklich am Ende zutrifft.

Wenn man so schaut, was denn auf diese inzwischen sehr gängige Frage: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? normalerweise als Antwort gegeben wird, dann ist das ja meistens irgendetwas, das in den Bereich der Werte, der Moral, der Kultur, der Tradition, dessen, was man so gewohnt ist, fällt. Da wird von Leitkultur gesprochen und dahinter ist oft der Gedanke, je mehr gleiche Werte, je mehr Ähnlichkeit, je mehr Übereinstimmung, desto mehr hält die Gesellschaft zusammen. Je mehr Konflikt, desto mehr geht sie auseinander. Das ist so eine Grundassoziation. Und wir müssen uns fragen, ob das so stimmt. Aber jedenfalls, man denkt im Bereich der Werte, man denkt, Übereinstimmung führt zusammen und hält zusammen.

solche Notwendigkeiten, solche Interessen. Man kann auch sagen, dass gegenseitige Interessen es ausmachen, wenn man in die alten Gesellschaftstheorien oder auch Theorien, wie es eigentlich zu politischen Gemeinwesen kommt, zurückgeht, dann gibt es da immer so eine Idee, wie der Urzustand oder der Naturzustand wohl ausgesehen haben könnte.

Das ist ja mehr ein Fantasiegebilde, das hat nicht wirklich in der Geschichte stattgefunden. Und da gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie Menschen im Naturzustand zusammengelebt haben, bevor noch eine Verfassung, bevor noch ein Staat, bevor noch eine Kommune, eine Organisation wie



Was macht aus einem Haufen Menschen eigentlich eine Gesellschaft?

Wenn man noch ein bisschen weiter geht in die Soziologie, gibt es da verschiedene Theorien, die versuchen zu beantworten, was eigentlich aus einem Haufen Menschen eine Gesellschaft macht. Zunächst mal sind das ja alles Menschen, die irgendwie zusammensitzen. Ist das eine Gesellschaft? Margret Thatcher hat gesagt, sie kennt gar nicht so etwas, was eine Gesellschaft ist. Das war natürlich eine Provokation und das war eine von rechts. Aber trotzdem ist theoretisch die Frage: Wie kommt es oder wie erklärt man es, dass ein Haufen von Menschen als Gesellschaft, als ein einheitlicher Begriff bezeichnet wird? Und da gibt es dann die Theorie, dass man zum Beispiel ein gegenseitiges Bedürfnis nacheinander hat oder sich auch in der Arbeit gegenseitig Bedürfnisse erfüllt, dass die Arbeitsteilung die Zusammenhänge herstellt, weil man das braucht, was irgendjemand anderes macht, und dass man nicht alles nur auf Moral und guten Willen gründen kann, sondern eben auch auf

die Gewerkschaft bestand. Und da sagen die einen, na ja, im Naturzustand, wo keiner genau weiß, wo es langgeht, wo es noch kein Gesetz gibt usw., da sind die Menschen eigentlich dabei, sich eher an die Gurgel zu gehen, also die andere Person als Feind zu betrachten, weil es immer eine Bedrohung ist für meine eigenen Bedürfnisse, wenn da jemand langkommt und dasselbe anstrebt wie ich. Und in einer Welt der Knappheit, das ist die Grundaussage von Thomas Hobbes, sind wir einander Wölfe, wir sind Wölfe füreinander.

Ich bin mir nie so sicher gewesen, ob Wölfe so feindselig sind. Aber jedenfalls wurden Menschen in diesem Sinne als wölfisch bezeichnet. Der nächste nach ihm im 17. Jahrhundert, John Locke, hat zu diesem Naturzustand gesagt, in dem Menschen sich so begegnen, dass sie sich eigentlich darüber freuen, dass ein anderer Mensch oder eine andere Menschin da irgendwo auftaucht. Montesquieu, als Franzose, hat das noch ein bisschen ausgebaut, was die Differenz der Geschlechter da an Anziehungskraft ausübt. Dass man den anderen oder die andere doch eher durchaus als erfreuliche Begegnung betrachtet und nicht als Wolf fürchtet, so ein Entwurf ist eben auch möglich.

Der erste Entwurf entstand im Bürgerkrieg in England und der andere Entwurf entstand 40 Jahre später. Das heißt nicht, dass immer Bürgerkrieg zu Feindseligkeit in der Theorie führt, aber das ist vielleicht auch nicht von ungefähr so.

Was hält also die Gesellschaft zusammen? Da gibt es ganz viele Grundvorstellungen vom Menschen, die dahinterstehen. Ob Menschen miteinander prinzipiell freundlich oder prinzipiell feindselig sind. In der heutigen Psychologie-Motivationstheorie würde man alle möglichen psychologischen Verläufe angucken und sagen, wenn jemand hart und aggressiv erzogen worden ist, dann gibt er oder sie diese Aggression auch weiter. Wenn jemand freundlich und wohlwollend erzogen worden ist, ist das anders.



Das ist so eine Sache mit diesen Erziehungstheorien. Wenn man selbst Kinder hat, möchte man lieber nicht so eine Konsequenz, wenn es nicht so gut geraten ist, denn dann hat man ja selbst Schuld. Das will man ja nicht. Deswegen ist das alles ein bisschen mit Vorsicht zu genießen. Aber bei alledem fällt einem normalerweise nicht ein, dass die Demokratie uns zusammenhält. Und doch behaupte ich, dass die Demokratie uns zusammenhält, und man muss dann natürlich erst einmal fragen, was ist denn das, was da mit Demokratie gemeint ist? Zumal diese Demokratie in aller Munde ist. Und du hast das berichtet, die einen haben jetzt die Nase voll von Demokratie, die anderen finden aber, es muss trotzdem durchgehalten werden, die dritten sagen, ist doch selbstverständlich, dass wir in einer Demokratie leben. Wer nach dem Zweiten Weltkrieg sozialisiert wurde, hat das eigentlich für selbstverständlich gehalten, aber es ist nicht selbstverständlich. Das wissen wir auch aus der Theorie.

Was also ist mit Demokratie gemeint? Ist es mehr Demokratie, je mehr direkte Volksentscheide wir haben? Ist es mehr Demokratie, je mehr das alles als repräsentative Entscheidung im Parlament geschieht? Das ist nicht ganz klar. Was ist mit Demokratie gemeint? Das Erste, was man immer vom Wortsinne her sagen kann: Demokratie ist Volksherrschaft. Demos und kratein als altgriechisch, das eine ist das Volk und das andere ist die Herrschaft. Das heißt eine Regierungsform, eine Herrschaftsform und ein Volk, das sich selbst beherrscht. Das Volk ist aktiv, ist ja das Subjektive. Das Problem ist, wenn man sich das so vorstellt, eine Demokratie als eine bestimmte Verfassungsform, als eine bestimmte politische Form, als eine Form, die entschieden wird, hat das Volk im Singular. Das Volk in der Einzahl ist ja relativ einfach. Es gibt natürlich auch Indi-

viduen, die sind im dauernden Selbstwiderspruch und wenn sie schizophren sind, wird es immer schwieriger. Aber das Volk in der Einzahl suggeriert, dass da eine sehr große Einheitlichkeit ist. Und solche Formulierungen, wie sie jetzt wieder kommen, übernommen vom Ende der DDR, wo wir sagen, die DDR war keine Demokratie, aber wenn jetzt in dem, was wir Demokratie nennen, jemand postuliert: Wir sind das Volk, also eine Analogie, sagt, die, die da herrschen, sind so, wie die nicht gewählten Herrscher der DDR, dann sagen sie auch „Wir sind das Volk“. Und das ist ganz interessant, dass der reine Gedanke, dass wir in dieser deutschen Gesellschaft und auch in der französischen und auch in der italienischen oder europäischen oder globalen Gesellschaft sehr, sehr unterschiedliche Menschen, Gruppen, Ansichten, Erfahrungen, Überzeugungen und Machtpotentiale haben. Diese Einsicht, die ja nicht schwer ist – die kann man ja durchaus schnell denken – diese Einsicht wird sehr, sehr gründlich vermieden. Und das gehört zum Instrument und sozusagen zur politischen Ausstattung derer, die die Demokratie, die wir hier haben, jedenfalls doch sehr verwandeln wollen, so wie das jetzt zum Teil auch der Kaczynski in Polen macht.

Es gehört zur Grundannahme, dass man, wenn man nicht von einer Einheitlichkeit, Homogenität des Volkes ausgehen kann, sie doch schaffen muss. Volk bedeutet nicht, lauter verschiedene, wuselige Leute und Gewerkschaften – und auch noch zwischen den Gewerkschaften gibt es Unterschiede, vielleicht sogar Konflikte und auch noch zwischen den Parteien gibt es Konflikte und zwischen den Städten und zwischen den Ländern. Nein, Volk ist einheitlich. Diese Homogenität ist ein wichtiger Punkt. Ich komme nachher darauf zurück. Denn wenn man dem folgt, dann ist die Demokratie am besten verwirklicht, wenn eine Person herrscht und diese Person die Akklamation vom Volk hat, ohne vorher irgendwelche konfliktbehafteten Wahlgänge oder so etwas. Das nennt man in der Politikwissenschaft entweder cäsaristische, vom Kaiser her, von Caesar her, cäsaristische Demokratie oder Akklamationsdemokratie und das ist in der Weimarer Zeit von Leuten, die man eher nicht als Demokraten assoziiert, wie Carl Schmitt, sehr betont worden. Am besten ist es, wenn das Volk im Singular dem Herrscher akklamiert und dieser Herrscher dann ausführt, was das Volk meint, und da gibt es gar keine vermittelnden Instanzen, da gibt es gar keinen Streit und keine Alternativen. Ein Musterbeispiel können Sie bei der Inaugurationsrede von Trump lesen. Trump hat es genau so formuliert. Er steht für das Volk, und das Volk ist im Singular und er verwirklicht, was das Volk will. Und da muss er jetzt das Volk auch nicht im Einzelnen fragen. Er weiß es und er tut es.

In einer Demokratie, wie wir sie verstehen, müssen Dämme gegen Herrschaft eingezogen werden.

Wir in der Demokratie, wie wir sie verstehen, sagen, diese Volksherrschaft, also die Herrschaft des Volkes über das Volk, ist jedenfalls keine uneingeschränkte. Ein ganz wichtiger Punkt. Demokratie ist nicht umso besser, je direkter das geht und uneingeschränkt. Demokratie muss auch eingeschränkt sein. Es müssen Dämme gegen Herrschaft eingezogen werden, weil wir von einer pluralistischen, einer vielfältigen Gesellschaft ausgehen, mit Mehrheiten und Minderheiten und unterschiedlichen Konstellationen. Und die Minderheiten können nur geschützt werden, wenn die Mehrheiten nicht durchregieren können. Was zum Beispiel momentan in Polen oder auch Ungarn richtig programmatisch gefordert wird. Dass man keine Rücksicht nimmt auf irgendeine andere Gegengewalt, sondern man regiert durch. Übrigens hat auch mal eine deutsche Bundeskanzlerin von Durchregieren gesprochen. Sie hat wahrscheinlich nicht ganz genau gewusst, was das ideenge-

schichtlich alles heißt. Jedenfalls, unsere Demokratie will nicht durchregieren, sie will das nicht. Sie kann es nicht nur nicht, sie darf es nicht und sie will es nicht, sondern wir müssen die Minderheiten sichern und wir müssen das durch Rechtsstaat, durch Checks and Balances, also Gegengewichte, die wir vielfach in der deutschen Verfassung haben, sichern. Und dann ist die große Frage, wie ist denn das, wenn diese Checks and Balances, diese Gegengewichte und Gegeninstanzen sich nicht nur ein bisschen behindern und nur ein bisschen zum Nachdenken bringen, so dass man nachher doch zu einer gemeinsamen Politik und einer gemeinsamen Entscheidung kommt, sondern wenn die sich einfach blockieren? Wenn sie einfach keine Entscheidungen zu Stande bringen? Wie ist denn das dann? Und dann sagen wir in einer Demokratie-Theorie, na ja, das ist nicht so gut, zu einer guten Demokratie gehört auch, dass sie entscheidet, dass sie in der Lage ist, Regierungsentscheidungen durchzusetzen. Das muss auch klappen. Das müssen die Menschen auch merken, diese Regierungsform führt zu Entscheidungen und vielleicht außerdem zu guten Entscheidungen. Wenn es aber zu gegenseitigen Blockaden kommt, weil man sich nicht verständigt, aber die Macht hat, sich gegenseitig ans Schienbein zu treten oder ein Bein zu stellen, dann entsteht auf längere Sicht der Eindruck, na ja, so gut ist diese Regierungsform nicht.

Also zur Demokratie, wenn sie akzeptiert werden soll von den Menschen, gehört unter den Bedingungen einer pluralistischen Gesellschaft, dass diese Minderheiten geschützt werden, dass die Unterschiede, alles das beachtet wird, aber dass die Checks and Balances nicht verhindern, dass man doch irgendwie Entscheidungen fällt.

Nun kann man darauf auf folgende Weise reagieren: Man kann sagen, na ja, dann brauchen wir eben einen starken Mann oder eine starke Frau, die das durchsetzt. So wie man immer in der Zeitung lesen kann, wenn ein neuer Firmenchef kommt: Der ist richtig gut, der hat erst einmal 100 entlassen. Der ist richtig stark, der kann entscheiden, der setzt sich durch, der guckt nicht so zögerlich, ob dabei irgendetwas schiefgeht, nein, der macht das. Und dies ist die Grundeinstellung einer autoritären Erwartung, die nicht auf Verständigung, auf Zuhören, auf andere Meinungen eingehen aus ist, weil sie auch gar nicht glaubt, dass man sich dann verständigen kann. So wie Thomas Hobbes auch nicht geglaubt hat, dass es überhaupt geht, sondern auf eine starke Herrschaft setzte, die dann durchsetzt. Und dieser Gedanke, dass man dann selbst den Kürzeren ziehen könnte, wenn da so durchgesetzt wird, ist gerade bei denen, die gegen eine pluralistische Demokratie angehen, nicht so im Sinn. Sie wollen zwar, wie wir jetzt gerade gelernt haben, 51 %, das ist ja bescheiden, sie wollen ja nicht einmal 98 %, sie wollen ja nur 51 %. Aber sie wollen auf diese Weise alles entscheiden können. Und dann ist es auch nicht mehr so wichtig, wie sich die anderen 49 % dabei fühlen. Das ist erstmal alles Spinnerei, nur der Gedanke, es durch Stärke

und nicht durch Verständigung, durch Entschiedenheit, durch nicht Hinhören, durch noch-einen-draufgeben, wenn man Opposition bekommt, hinkriegen zu wollen, ist in der Tradition des sogenannten Autoritarismus. Adorno, der eben Zitierte, hat darüber mit seinen Leuten viele Untersuchungen geführt.

Unsere Demokratie setzt auf Verständigung.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit deutlich unterscheiden zwischen autoritär sein und eine Autorität sein. Das klingt sehr ähnlich, ist aber sehr verschieden. Autoritär sein heißt eben, durchregieren, befehlen, nicht hören auf andere Meinungen, keinen Kompromiss suchen. Autorität sein heißt, vom Lateinischen – da steckt das Wort „augere“ drin, also mehr –, dass eine Autorität nicht nur zuhören kann, sondern schauen kann, welche unterschiedlichen Positionen es gibt. Auch im eigenen Leben viele verschiedene Ansichten miteinander



gemacht und vermittelt hat, sondern auch darauf aus ist, als eine echte Autorität, diejenigen, die mit dieser Autorität zu tun haben, zu stärken, zu mehr, ihre Macht zu mehr, nicht zu mindern, sie nicht unterzubuttern. Das ist der große Unterschied und man kann sagen, je weniger Autorität, desto autoritärer. Das heißt, je weniger eine Person in sich die Fähigkeiten versammelt hat, zu argumentieren, zu überzeugen, sich zu verständigen, desto mehr versucht sie, eine Sache durchzuziehen.

Das konnte man 1968 auch erleben, als sich die Erbschaft vieler autoritärer Väter vielfach bei den Söhnen gezeigt hat. Die waren zwar theoretisch antiautoritär, aber praktisch sehr autoritär. Weil sie von ihren Vätern zum Teil mitbekommen hatten, wie man das in der Familie so macht mit dem Durchregieren.

Unsere Demokratie ist darauf aus – theoretisch –, sich zu verständigen. Und sich so zu verständigen, dass wir nicht einfach alle einer Meinung sind, sondern, dass wir einen Grundkonsens, eine Art Grundeinigung darüber finden, wie wir uns im Streit doch auf Verfahren einigen können, aber auch auf bestimmte Grundwerte, wie z. B. Freiheit und Gerechtigkeit. Denn nur wenn wir uns darauf einigen, können wir die Konflikte so miteinander handhaben, dass sie uns nicht blockieren und dass sie uns nicht total beschädigen. Ich bin sehr für den Begriff der antagonistischen Kooperation, der in der deutschen Sozialpartnerschaft oder auch von der IG Metall immer gepredigt wird, weil es einfach zeigt, es gibt Konflikte, die muss man auch sehen. Aber trotzdem, es ist auch der kooperative Punkt darin. In diesem Verständnis

langfristige Interesse nennt. Man muss schon überlegen, wann die nächste Konfliktsituation kommt, in der ich von der anderen Person abhängig sein könnte, die ich gerade ausgeboxt habe.

Also dieser Punkt des Verständigens auf Gerechtigkeit ist wichtig, auch auf Freiheit, und, werde ich sozusagen ausgeboxt, dann ist es wichtig, dass es gar nichts nutzt, wenn wir jetzt sagen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte. Das geht hier rein und wieder da raus. Aber wenn wir uns immer wieder erneut durch konkrete handfeste Konflikte einigen auf ein Grundverständnis, dann wird dieses Gerechtigkeitsverständnis immer wieder erneuert und lebendig. Der Gedanke dabei ist, dass nicht die Proklamation von irgendwelchen Werten, sondern dass man durch Konflikte, durch Streit gehen daran arbeitet, dass wir einen Weg und einen Kompromiss finden, der von allen einigermaßen getragen wird. Nur das führt immer wieder zu einer neuen Grundlage des Grundkonsens und das ist notwendig, weil die Situation, in der wir leben, sich immer wieder erneuert.



ist gedacht, dass es Gegensätze gibt, dass wir sie austragen müssen bis ins Einzelne, aber dass es doch nicht nur Machtgrenzen auf beiden Seiten gibt, sondern auch Grenzen der Ungerechtigkeit, die man einander nicht zumutet. Das heißt, man wird sich nicht total einigen auf einen inhaltlichen Gerechtigkeitsbegriff, aber man wird sagen, das geht jetzt zu weit, so darf man bestimmte Leute nicht benachteiligen, oder so darf man nicht einfach durchstarten mit der eigenen Position. Das ist auch eine Form von Ungerechtigkeit, andere auszuschließen. Außerdem weiß man nie so genau, wie oft man sich noch begegnet. Das ist das, was Tocqueville das wohlverstandene

Es kommen ganz neue Probleme, neue Integrationsfragen auf uns zu. Die Situation heute ist einfach anders als vor 70 Jahren. Und so wird man immer erneut Probleme haben. Sie haben gesagt, mit dem Begriff Herausforderung hätten Sie so Ihre Probleme. Ich auch, weil die krampfhaft positive Bedeutung von Problem einem auch auf den Keks gehen kann. Aber trotzdem es ist eben so, dass man versuchen will, bei Problemen, die bestehen, das nicht einfach negativ defätistisch zu sehen, sondern positiv.

Der bequemste, kurzfristige Weg zur Lösung hilft in einer Demokratie langfristig nicht.

In der Demokratie haben wir bestimmte Institutionen, die wir uns alle an den Schuhsohlen abgelaufen haben. Dann gibt es Wahlen, dann gibt es Parlamente, dann gibt es Parteien, dann gibt es in einer parlamentarischen Demokratie Exekutiven usw. Und das kann man fortsetzen. Es gibt Akteure, also handelnde Personen, nicht nur als einzelne Person; die Gewerkschaften sind auch Akteure, die Parteien sind auch Akteure, sie sind auch Institutionen, aber sie sind auch Akteure, und in diesen Organisationen kommt es sehr darauf an, dass da knallharte Persönlichkeiten sind. Und wenn ich sage knallhart, meine ich nicht autoritäre, sondern solche, die bereit sind, die Ziele zu diskutieren, aber auch dranzubleiben und sich nicht einfach irgendwie wegzustehlen und dann Rotwein zu trinken. Was ich übrigens sehr gerne tue, aber lieber nach Feierabend. Das heißt, diese Form von Rückgrat zu haben, Durchhalten ist absolut wichtig, wenn Organisationen nicht diskreditiert werden sollen. Und dazu gehört eben auch eine gewisse Haltung, eine gewisse Einstellung, wir nennen das in der Politikwissenschaft auch eine politische Kultur. Also eine Überzeugung, dass ich nicht immer genau weiß, wie die richtige Lösung aussieht, aber dass ich schon sage, Moment mal, wenn die Lösung in die Richtung geht, dass man jetzt den bequemsten, kurzfristigen Weg zur Lösung wählt, dann ist das keine Haltung, die langfristig in einer Demokratie hilft.

Nun haben wir ganz offenkundig in der Gegenwart ein großes Glaubwürdigkeitsdefizit gegenüber dieser Demokratie, die ihrerseits vor ganz erheblichen strukturellen Problemen steht, vor sozialen Problemen, aber auch anderen strukturellen Problemen, so dass man nicht einfach sagen kann: Na ja, die Demokratie wird eben von irgendwelchen korrupten Einzelpersonen durchgeführt und deswegen ist sie schlecht. Nein, alle, die politische Entscheidungen treffen, Verantwortung tragen in den verschiedensten Kontexten, stehen vor großen Problemen, vor großen Schwierigkeiten und das ist eben eine globale Herausforderung, die die Demokratie in ihrer guten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland nicht hatte und die sie erst langsam begreift und wo wir auch erst langsam institutionelle oder Verfahrenslösungen finden.

Der eine Punkt ist, Demokratie kann nicht funktionieren ohne eine Gesellschaft, die sich aus der sozialen und ökonomischen Lage einigermaßen verständigt. Eine Gesellschaft, in der der Unterschied zwischen Arm und Reich, zwischen Mächtig und Ohnmächtig so groß ist, wie er überall in den westlichen Demokratien inzwischen geworden ist. Dieser Unterschied oder der Gegensatz hat es schwer, sich auf gemeinsame Haltungen, gemeinsame Lösungen, auf Kompromisse zu einigen. Und das ist zunächst mal eine der größten Herausforderungen: Die sozialen Diskrepanzen in unserer Gesellschaft, einmal zwischen Arm und Reich, aber dann auch durch die Globalisierung, dadurch dass sehr unterschiedliche Kulturen in unsere Gesellschaft Einzug gehalten haben. Wir waren auch früher nicht homogen. Die Vertriebenen aus dem Osten wurden von vielen in Westdeutschland als völlig fremde Eindringlinge betrachtet. In katholischen Milieus waren es die Evangelen, die da völlig eindringlich waren und umgekehrt. Das waren ja alles im Grunde keine echten Christen. Diese Distanzen sind kulturell sehr subjektiv, aber trotzdem sind sie durch die Globalisierung nochmal stark gestiegen.





Menschen brauchen Zugehörigkeiten.

Globalisierung, das ist das nächste Stichwort. Man kann sagen, die Globalisierung hat mit Christoph Kolumbus angefangen, aber man kann das alles jetzt mal überspringen und sagen, zumindest seit Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre haben wir einen neuen Schub an Globalisierung, ökonomischer, technologischer, kultureller und politischer Globalisierung. Ökonomisch, weil sich der grenzüberschreitende Verkehr und die grenzüberschreitende Mobilität von Produktionsfaktoren, vor allen Dingen von Kapital, aber zum Teil auch von Arbeit, sehr gesteigert hat und wir deswegen nicht einfach nur noch von nationalen Volkswirtschaften sprechen können, sondern diese Wirtschaft transnational organisiert ist und dabei im Zweifelsfall das Kapital mobiler als die Menschen ist, weil die Menschen in Zusammenhängen leben, auch Zugehörigkeiten brauchen, während das Kapital das nicht braucht, das ist kein fühlender Mensch. Wir haben sie technologisch – und das ist alles verwoben – weil durch die Technologie (Internet usw.), diese Mobilität überhaupt erst möglich ist. Das ist ja früher nicht möglich gewesen, also die Gleichzeitigkeit von allem, von Australien bis Europa, ist vorher so nicht denkbar gewesen. Ich sage es nur in Stichworten. Sie ist sozial kulturell so, weil sich unsere Gesellschaften immer mehr mobil vermischen, von traditionellen Einheiten in sehr unterschiedliche soziale Gruppierungen, Kulturen, Sprachen usw.

Und sie ist es politisch, weil es die eigentlich große Aufgabe von Politik ist, sich über materielle, aber auch über die immateriellen Probleme zu verständigen und Lösungen zu finden, die für alle ungefähr akzeptabel sind. Politik heißt Verständigung und heißt nicht Freund-Feind-Verhältnis wie bei Carl Schmitt.

Das ist natürlich nicht notwendig so, darüber kann man diskutieren, aber ich sage das jetzt hier, weil diese Verständigung, wie man materielle und ideelle Herausforderungen angeht, immer schwieriger wird. Wir haben Demokratie nämlich praktisch bis heute immer bewusst oder unbewusst als nationalstaatliche Herrschaftsform begriffen. Aber dieser Nationalstaat ist in seiner Reichweite nun mal eingeschränkt. Und der Unterschied zwischen Reichweite, Mobilität und Handlungsfähigkeit, dem Terrain der Handlungsfähigkeit von Unternehmen einerseits und politischen Regelungen andererseits, ist eine riesengroße Herausforderung, ein riesengroßes Problem. Wir können eben nicht mehr durch nationale Arbeitsmarktpolitik, Finanzpolitik, Steuerpolitik, die Sachen alle regeln, das geht nicht mehr. Und jetzt ist es viel einfacher für die Kapitalakteure, ihren Geschäftsinteressen weltweit nachzugehen, als für die politischen Akteure, die ja, wenn sie demokratisch sind, von Gesellschaften gewählt werden und diese Wahlen gewinnen müssen, sich zusammenzutun.

Beispiel Europa: Die entscheidende Institution in Europa, spätestens seit der Bankenkrise, vorher auch schon, aber seitdem ganz massiv, ist der Europäische Rat, also die Versammlung der Staatshäupter, und die haben alle nicht Europa im Kopf, sondern ihre nationale Wahlklientel. Danach handeln sie dann, das ist ihre Machtquelle. Das ist völlig rational, es ist nicht mal

sehr weitsichtig, ist alles richtig, aber man muss diese Mechanismen sehen. Das Problem ist also, die Zusammenarbeit der Demokratien, der Politiken als Pendant zu den Akteuren in der Wirtschaft fällt furchtbar schwer, gerade in Demokratien. Und dann ist die Versuchung groß zu sagen, na ja, wenn wir diesen Kapitalisten Einhalt gebieten wollen, dann müssen wir eben auf die Demokratien verzichten, dann muss eben ein starker Mann sagen: Schluss jetzt! Ihr kriegt Strafzölle, wenn ihr woanders hingehet und wenn ihr hier Leute entlasst und wir verwenden ganz neue Regelungen und sichern Arbeitsplätze, um diese blöde globale Klimabewegung mal außen vor zu lassen und stattdessen ein bisschen mehr Kohlendioxid zu produzieren. Das sind ja alles erst mal rational-partikularistische Interessen. Und dann ist die Versuchung groß zu sagen: Wir wollen unsere partikularen Interessen geschützt haben. Nach uns nicht direkt die Sintflut, aber jedenfalls „first, first, first“ – dieses „first“ muss sich nicht nur auf Amerika beziehen, das kann sich auch auf ganz andere Sachen beziehen – und allein dieses „first“ heißt, nicht Verständigung, sondern klare Hierarchie. Nicht gucken, nicht abwägen, nicht sehen, was da sonst noch ist. Und deswegen nehme ich mal an, ich habe ja nicht von ungefähr diese Assoziationen gewählt, dass Trump das nächste Jahr noch viel Zustimmung haben wird in Amerika. Wenn es dann immer mehr Dinge gibt, die kaputtgehen, wenn da immer mehr andere Interessen dieser pluralistischen Gesellschaft, auch in Amerika, gestört werden, könnte die Sache anders werden.

Zusammenhalt der Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn er freiheitlicher ist.

Aber wir haben da sehr große strukturelle Probleme, dass die Politik wie im Hase-Igel-Spiel die Ökonomie sehr schwer erreicht, sehr schwer steuern kann. Und dass die Menschen, die von der Ökonomie aber tangiert sind, weil sie unsicher sind, weil sie ihre Arbeitsplätze verlieren, weil sie keine Modelle finden, wie sie gesichert werden können, dass sie dann den starken Menschen und nicht der Demokratie hinterherlaufen und glauben, dass die starke Person die Gesellschaft zusammenhalten kann, weil sie ihre jeweiligen Interessen vertritt. Dabei ist da nicht im Blick, dass es noch ein paar andere Interessen gibt, die da nicht vertreten werden. Es ist also kein ausgearbeitetes Verständnis von Zusammenhalt, von Gesellschaft, sondern ein Einfach-erstmal-durchsetzen, was wir durchsetzen wollen. Und da sagen wir jetzt: Na ja, das ist nicht genau das, was wir wollen. Wir wollen, dass auch unter den Bedingungen der Globalisierung Demokratie nicht einfach mit Zwang, mit Intoleranz und sonst was vorgeht und ohne Checks and Balances, sondern wir sagen, Zusammenhalt der Gesellschaft ist nur dann

wirklich möglich, wenn er ein freiheitlicher ist. Das andere ist Unterdrückung, das andere ist in der Endvorstellung ein Gefängnis – übrigens ja auch mit dem Schließen, mit Bauen von Mauern usw., das sind ja alles erste Schritte, um nicht Freiheit zu akzeptieren.

Wenn wir also von Zusammenhalt sprechen und sagen, dass das was mit Demokratie zu tun hat, dann impliziert das, dass ein Zusammenhalt nicht erzwungen werden kann. Ein echter Zusammenhalt muss freiwillig unterstützt werden. Das andere ist kein Zusammenhalt, das ist einfach Erzwingung irgendwelcher Sachen. Der starke Mann soll alles zusammenhalten“ wäre kein Weg, ist aber ein historisch verständlich nachvollziehbarer. Weil wir es alle kennen, die Mechanismen, den Rückfall in Autoritarismus, um das herzustellen, was vielen als Zusammenhalt fehlt. Nochmal: Zusammenhalt, in dem Verständnis, wie es hier verwendet wird, auch von mir, ist der Gegensatz zu Willkür und Zwang und nicht mit Zwang oder Willkür zu vereinbaren.

Gemeinsame Teilhabe schafft Zusammenhalt.

Die nächste Frage ist dann, wie kann man freiwilligen Zusammenhalt gestalten oder wie kommt man zu freiwilliger Zusammenarbeit? Und da sage ich als generelle These, die ich ausführen will: Menschen halten zusammen, wenn sie gemeinsam teilhaben an einem Projekt, das sie durchführen, ob in der Schule oder in Gewerkschaften oder anderswo. Diese gemeinsame Teilhabe schafft Zusammenhalt, weil sich die Menschen mit diesem Projekt identifizieren. Sie haben ein Stück von sich selbst in dieses Projekt gegeben und über die Identifikation mit diesem Projekt halten sie zusammen. Dazu gehört aber, dass sie dieses Projekt mitbestimmen, dass sie teilhaben daran. Und da hören Sie schon die Nachtigall, die da trapt: Demokratie hat was mit Teilhabe zu tun. Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann gelingen, freiwillig, wenn demokratische Teilhabe so gestaltet wird, dass Menschen auch wirklich das Gefühl haben – und zu Recht das Gefühl haben – sie nehmen teil an den Entscheidungen, sie nehmen teil an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse.

Und wenn wir Umfragen sehen, was die Menschen empfinden, ob die Wähler von Trump, oder die Brexit-Wähler, aber auch zum Teil die AfD-Wähler – die sind nicht alle arm, keineswegs –, aber sie haben den Eindruck, dass sie nicht beteiligt sind an den Entscheidungen. Sie fühlen sich übergangen. Sie fühlen sich nicht zugehörig, sich fühlen sich nicht wertgeschätzt. Und alles das muss sein, wenn man einen freiwilligen Zusammenhalt bewirken will.

Das heißt, wir müssen nicht meckern und auch nicht diffamieren, sondern analysieren, was die Menschen bewegt – abgesehen von sagen wir mal 8-10 Prozent, die eben einem harten, fremdenfeindlichen, autoritären und auch gewaltbereiten Kern angehören. Was bewegt sie? Es bewegt sie, dass sie sich nicht anerkannt, nicht wertgeschätzt fühlen, entsprechend dem, was sie meinen, wie sie wertgeschätzt werden müssen, dass sie nicht teilhaben an dem gemeinsamen Projekt Demokratie in Deutschland. Das ist aus meiner Sicht die Grundanalyse.

Und was die 10 Prozent angeht, so haben wir in der politischen Kulturforschung immer wieder die Erfahrung gemacht: Es gibt keinen bestimmten, festen Prozentsatz von Einstellungen in der Gesellschaft, sondern das ist gleichsam ein Reservoir, ein Resonanzboden und wenn alles gut läuft, dann machen sich die 10,12,15 Prozent potentiell Autoritären gar nicht bemerkbar; aber wenn es so richtig schlimm kommt, dann kommen die alle hoch. Das geht also rauf und runter. Man muss das immer im Kontext der Zeitereignisse sehen. Wir hatten schon immer ein Potential von 10-20 Prozent, die antisemitisch waren, die autoritär waren usw., das ist nicht neu in Deutschland, das ist auch nicht nur in Deutschland so, sondern auch in anderen Ländern. Es hat was zu tun mit Traditionen, mit kulturellen Traditionen, in denen Menschen aufgewachsen sind, aber auch mit der sozialen und politischen Situation, die jeweils besteht.

Das heißt, wenn wir sagen, dass die Demokratie den Zusammenhalt schafft, dann muss es uns gelingen, dass wir die Demokratie unter all den schwierigen Bedingungen der Globalisierung usw., die ich genannt habe, so gestalten, dass die Menschen auch in ihrem Alltag das Gefühl haben, sie arbeiten und nehmen teil an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse ihres Alltags, ihrer Arbeit, ihrer überschaubaren Umgebung und identifizieren sich auf diese Weise, aber auch mit dem größeren Rahmen innerhalb dessen das geschieht. Das ist das, was optimal Demokratie leisten kann als Voraussetzung für freiheitlichen Zusammenhalt.

Nun wird es immer Dissens geben. Man wird auch in diesem Verständnis nicht sagen, dass dann alle einer Meinung sind, aber wir haben doch eine große Erfahrung damit, dass Teilhabe schon mal, auch bei verbleibenden Konflikten oder bei verbleibenden Dissensen, eine prinzipielle Zustimmung zu einem Verfahren oder zu einem Projekt erleichtert. Wenn man nicht einbezogen ist, dann ist man viel schneller bereit, alles über den Haufen zu werfen, oder abzulehnen. Wenn man teilgenommen und die verschiedenen Positionen kennengelernt hat, geschieht das eher nicht.

Natürlich hängt diese Demokratie nicht einfach vom Institutionengefüge oder von den Teilhabemöglichkeiten im Unternehmen, im Betriebsrat und so etwas ab, sondern auch von der Art, wie es praktiziert wird. Das macht es ja so schwer, aus Diktaturen Demokratien zu machen. Man kann eine Verfassung

schreiben, aber dann auch die Kultur, den Geist zu entwickeln, der nötig ist, damit diese Institution die Mitbestimmung, die betriebliche Mitbestimmung, die überbetriebliche Mitbestimmung und all das, was entsprechend dem Geist der Institution praktiziert wird, das ist nicht so leicht – dazu braucht man Erfahrung, dazu braucht man den langsamen Aufbau von sozialem Vertrauen usw.

Jetzt ist die Frage: Was heißt das für die deutsche Demokratie und was heißt das vor allen Dingen für Europa? Deswegen war es an unserem Tisch vorhin so lebendig, weil ich im Moment überall, wo ich bin, Menschen frage, sagt mal, was haltet ihr denn davon aus eurer Erfahrung heraus? So habe ich das eben auch gemacht und habe viel davon gehabt.

Also, der Punkt ist der, dass ich glaube, dieses Teilhabekonzept von Demokratie verlangt in der Gegenwart, wo wir die verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung haben – wir haben die kommunale, wir haben in Deutschland die Länder, wir haben den Bund, wir haben die europäische und wir haben die globale –, dieses Teilhabekonzept also verlangt, dass die verschiedenen Teilhaber der Gesellschaft auch ihre Erfahrung, ihre Perspektiven einbringen können. Sich den Abschied von diesen Ebenen zu denken, dass wir irgendwie eine hierarchische Pyramide aufbauen könnten und am Ende sind da die Vereinten Nationen mit dem Weltstaat – das ist alles Quatsch, das geht nicht, das funktioniert nicht. Es funktioniert auch nicht in Europa.

Alle die Vorstellungen, die auch von höchster Ebene geäußert werden, man könne die Europäische Union dadurch zu einer wunderbaren Demokratie machen, dass man sie analog zum Nationalstaat organisiert mit der Kommission als Regierung, mit dem Europäischen Parlament als Parlament und mit dem Europäischen Rat als zweiter Kammer, halte ich für völlig abwegig und irreführend. Der Europäische Rat – man sollte sich das mal vorstellen – die Parlamentarier in der EU, die haben nicht wie die Bundestagsparlamentarier jeder ein Büro und eine wissenschaftliche Hilfskraft und sonst was. Die müssen sich bündeln, um einen Antrag zu stellen, damit sie eine wissenschaftliche Hilfe bekommen und der Europäische Rat, die Staatschefs und die Minister, die haben alle Ministerien, die geben das mal schnell runter und dann kriegen sie das. Was allein dort an Macht und Informationen ist. Wer wirklich sehenden Auges sagt, der Europäische Rat soll zur zweiten Kammer analog dem Bundesrat werden, der hat glaube ich, nicht begriffen, worum es geht. Wir müssen glaube ich diese Ebenen analytisch im Blick haben, aber das Gefühl der Teilhabe an der Demokratie muss in den überschaubaren Bereichen geschehen.

Demokratie endet nicht am Werkstor.

Das wisst ihr alle, im Bereich der Betriebe, der Gewerkschaften, das ist ganz klar, Demokratie endet nicht am Werkstor. Aber ich glaube, im politischen Bereich muss es in den Kommunen geschehen und deswegen verfolge ich mit großer Energie und Anstrengung eine Erneuerung der Demokratie im All-



gemeinen, aber vor allen Dingen auch eine Erneuerung der guten Integration und Identifikation in Europa, dadurch dass ich sage, wir müssen die Kommunen in Europa stärken. Bei ihnen geschieht ganz viel in Bezug auf die grenzüberschreitende Politik. Bei ihnen geschieht viel Klimapolitik, viel Energieeffizienzpolitik. Bei ihnen ist es auch wichtig, Arbeitsplätze zu schaffen. Sie kennen die Ressourcen vor Ort, sie wissen, was da an auszubildendem Arbeitskräftepotential ist. Sie wissen es besser als viele andere. Natürlich ist das ein Überblick, das muss man ergänzen und informativ anreichern. Aber die Kommunen können das in ihrem Kontext machen, vor allen Dingen können sie es auch erfahrbar machen. Aber es muss etwas dazukommen, nämlich dass nicht nur die Kommunalverwaltung von oben sich wunderbare Sachen für den Neubau des Schauspielhauses ausdenkt oder für irgendwelche Arbeitsplatzprogramme, sondern ich plädiere dafür, dass Kommunen Governancen initiieren und organisieren, in der sie die verschiedenen Stakeholder als Ratgeber zusammenholen. Das ist ein Schema, das wir aus der Entwicklungspolitik kennen, dass wir Unternehmen, die

sehr viel wichtige Investitionsentscheidungen tragen und auch die Verantwortung mit übernehmen müssen, mehr und mehr einbinden und nicht einfach sagen, Politik soll den Rahmen vorgeben und darin machen wir einfach Business und Profit.

Unternehmen, aber eben auch das, was ich zusammenfasse als organisierte Zivilgesellschaft, d. h. Gewerkschaften, Kirchen, die verschiedenen Bürgerinitiativen kommen zusammen und entwickeln eine Produktivität, bei der die verschiedenen Teilhaber der Gesellschaft auch ihre Erfahrung, ihre Perspekti-

ven einbringen können und man, so ist meine Erfahrung, sehr viel besser und effektiver zu Vorschlägen für die Entwicklung der Kommune kommt, als wenn man das nur von der Kommunalverwaltung aus tut. Das ist der Vorschlag. Aber die so vorbereiteten Entscheidungen dürfen nicht bindend sein. Sie sind, wenn sie wirklich im Konsens getroffen wurden, ohnehin faktisch sehr bindend für die Verwaltung, weil die ja froh ist, wenn sie ein Projekt hat, was gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Aber es darf der gewählten Gemeindeverwaltung nicht aufs Auge gedrückt werden. Da bin ich dagegen.

In Europa denke ich vor allen Dingen daran, dass wir versuchen müssen, eine humane Flüchtlingspolitik dadurch zu schaffen, dass wir den Gemeinden die Möglichkeit geben, sich in einem europaweiten Fonds zu bewerben, wenn sie mit so einer Governance entscheiden, sie wollen eine gewisse Anzahl Flüchtlinge aufnehmen, sie wollen eine gewisse Menge Arbeitsplätze schaffen. Und wenn ihnen nicht nur die Integration der Flüchtlinge, sondern auch eigenständige, von den Flücht-

lingen unabhängige, aber vielleicht mit ihnen vereinbarte Investitionen ermöglicht werden, um Arbeitsplätze zu schaffen und Probleme zu lösen.

Ich glaube, wenn wir diesen Konflikt zwischen den schlechter Gestellten in den Kommunen und den Flüchtlingen nicht intelligent und konstruktiv aufnehmen, wird das ein Problem. Und wenn wir europäische Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung betrachten, dann haben wir eine Chance, zu einer wirklich vernünftigen Integration zu kommen, neue Potentiale zu schaffen und kreative Lösungen zu finden. Das würde den Zusammenhalt fördern zwischen den neu Ankommenden und denen, die schon da sind, die bisher vielleicht auch keinen Zusammenhalt hatten, was ebenfalls zu Konflikten und Diskrepanzen führt, und der gemeinsamen Entwicklung gut tun. Und wenn wir das so „bottom-up“ von unten und nicht von oben angeordnet machen, dann besteht aus meiner Sicht eine Chance, diese Demokratie lebendiger zu gestalten und die Erfahrung machen zu lassen, dass wir etwas tun können.

Ich glaube, das ist eine uralte Idee seit der Antike, dass das gemeinsame Werk verbindet. Das gemeinsame Werk in einer Schule, das gemeinsame Werk in einer Kommune, das gemeinsame Werk in einer Gewerkschaft, was auch immer. Das gemeinsame Arbeiten an einem Projekt, aber dabei nicht einfach von oben eingesetzt zu werden, sondern es auch mitzubestimmen. Das ist nicht immer leicht, man muss sich auf Unterschiedlichkeit einlassen, aber das verbindet.

Wenn die eigene Gestaltung ermöglicht wird, besteht eine Chance.

Also: Demokratie ist der Ort des gesellschaftlichen Zusammenhangs, der es ermöglicht, uns gemeinsam mit dann auch gemeinwohlorientierten Projekten, weil eben verschiedene Perspektiven reingehen, zu identifizieren und den Zusammenhalt zu finden. Und ich glaube, das ist auch eine Antwort für die Vielen, die im Moment der AfD hinterherlaufen. Also nicht nur insofern, als dass die AfD thematisiert hat, zu Recht, dass es Alternativen geben muss. Das ist sträflich vernachlässigt worden in der deutschen Politik seit der Bankenkrise.

Unsere Regierung, insbesondere die Kanzlerin, aber die SPD hat da nicht immer so sehr laut opponiert, hat immer wieder Politik sozusagen als schnelles Lösen von Problemen proklamiert, als gäbe es dazu keine Alternative. Das ist schwierig. Aber der andere Punkt ist, der Zulauf zur AfD erfolgt in meiner Sicht wegen eines Gefühls der Frustration, der Enttäuschung und der Ohnmacht, der Machtlosigkeit gegenüber Entscheidungen, die fern von irgendwo getroffen werden. Und dann ist die Metapher, das ist die Elite oder das sind die Ausländer. Und man sucht dann immer irgendwas, worauf man Wut haben kann. Das ist eine ganz berühmte Art, wie man damit fertig werden kann. Wenn aber die eigene Macht, die eigene Gestaltung ermöglicht wird, wenn man auch merkt, dass alles gar nicht so einfach ist, wenn man sich mit den anderen verständigen muss, dass man eben nicht sagen kann rauf, runter, Schluss!, dann besteht eine Chance. Das ist nicht leicht, das versteht sich nicht von selbst, das hängt alles davon ab, ob man sich denn auch anstrengt. Aber das muss man nun schon mal sagen, ein gelungenes Leben gibt es nicht ohne Anstrengung. Schönen Dank!



Podiumsgespräch

Gespräch Elke Hülsmann, Gesine Schwan, Christoph Bieber

Elke Hülsmann: Wir haben jetzt circa noch eine Stunde Zeit, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich habe vorhin angekündigt, dass auch Professor Dr. Christoph Bieber hier mit uns am Tisch sitzt. Professor Bieber hat eine Stiftungsprofessur an der Universität Duisburg-Essen und zwar zu Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft und ich glaube, dass er in die Diskussion noch ein paar interessante Aspekte einbringen kann, auch weil er sich in den Schnittmengen zu Fragen der Medienpolitik bewegt. Unter anderem sind Sie auch Mitglied des WDR-Rundfunkrates. Und das, haben wir gedacht, ist ein Aspekt in der aktuellen Diskussion, der eine Erweiterung lohnt.

Ich hänge noch ein Stück weit am Schluss der Ausführungen von Gesine Schwan. In den Kommunen müssen wir was bewegen, in den Kommunen können wir Menschen der unterschiedlichsten Gruppierungen beteiligen. Da ist ja dann die Frage, wie kann Ansprache funktionieren und wie funktioniert Meinungsbildung, wie kommen wir überhaupt an Informationen, um eine Haltung, um eine Position einzunehmen, um an Demokratie mitzuwirken? Ich habe den Eindruck, es mangelt nicht an Information, aber es mangelt doch offenbar an Wissen, die Informationen richtig einzuordnen. Und wenn wir uns

die sozialen Medien angucken, dann stellt sich mir die Frage, sind das soziale Medien, die zur Meinungsbildung beitragen, oder bestätigen sie einfach nur das, was ich eh schon wusste, Herr Bieber?

Professor Dr. Christoph Bieber: Erst einmal vielen Dank für die Einladung und für die Vorstellung.

Ich möchte zunächst noch etwas zu dem Vortrag von Gesine Schwan sagen und auch noch einmal auf den Titel eingehen. Dann kommen wir, glaube ich, auch durchaus schnell zu den sozialen Medien, weil das sicher auch damit zusammenhängt.

Sie haben sehr ausführlich den Begriff der Demokratie als Einstiegspunkt genommen zur Beantwortung der Frage, was hält uns zusammen? Man hätte durchaus auch das Wort „uns“ noch stärker herausgreifen können, weil ich glaube, es wurde nicht explizit, aber doch implizit immer wieder deutlich, dass ist das, worum im Moment in vielen Fällen immer wieder gestritten wird. Beim Wort „uns“ – wen schließen wir da ein? Ist es ein inklusives „uns“ oder fassen wir dieses „uns“ etwas kleiner und wollen Grenzen einführen? Sie haben mit der AfD begonnen



und gefragt: „Was ist denn deren Haltung, was ist denn der Hintergrund?“ Ich glaube, da ist die Frage, welches „uns“ meinen wir denn überhaupt, dass wir vielleicht zusammenhalten wollen? Es lohnt sich, ein bisschen darüber nachzudenken. Darüber wird ja auch politisch in vielen Fällen gestritten: Wo zieht man denn die Grenze, wen lässt man denn dazugehören, wen möchte man zusammenhalten?, wenn man dann über die Verfahren und die Ideen von Demokratie weiter nachdenkt? Und das passiert bei uns, das sind dann Überlegungen in Richtung einer Identitätspolitik, die betrieben wird; das macht die AfD in vielen Fällen. Das ist auch anwendbar auf andere Quasi-Demokratien, autoritäre Demokratien, vielleicht muss man jetzt auch alternative Demokratien sagen. Das wäre auch ein Begriff, der in vielen verschiedenen Kombinationen genutzt wird. Da wird genau diese Frage gestellt. Auch Donald Trump, Sie haben ja auf die Antrittsrede hingewiesen, macht im Grunde nichts anderes. Er bezieht sich erstmal nach außen ganz deutlich auf den Nationenbegriff, lässt aber zunächst offen, was genau damit gemeint ist und wir lernen jetzt in den zwölf Tagen der Amtszeit, dass auch darüber sehr genau nachgedacht worden ist und jetzt begonnen wird, zu entscheiden, wer denn dieses „uns“ noch ist. Das amerikanische „uns“, gerade das amerikanische, war ja immer ein sehr inklusives. Und das wird gerade umprogrammiert und wird eben sehr viel exklusiver. Das wäre also ein zweiter Zugang zu diesem sehr interessanten, so harmlos klingenden Satz: Demokratie ist das, was uns zusammenhält, den man aus der politikwissenschaftlichen Perspektive einnehmen kann. Oder aber man greift tatsächlich das Wort „uns“ noch mal auf und fragt nach den Prozessen, die Identitätsbildung ausmachen und letztlich dann auch sehr stark in den Mittelpunkt rücken, worum in diesen Fällen, die uns angehen und interessieren, tatsächlich dann auch gestritten wird.

Und bei den sozialen Medien, da ist der Weg auch nicht weit. An der Menge der Informationen, am Zugang, kann es eigentlich nicht unbedingt liegen, liegt es auch nicht. Es sind tatsächlich eher die Fragen der Medienkompetenz, der Informationskompetenz, entscheiden zu können, was sehe ich da, wo kommen die Informationen her, sind sie denn glaubwürdig oder sind es alternative Fakten, die dort präsentiert werden. Das ist in den sehr dezentralen, auf den ersten Blick sehr unüberschaubaren Plattformen sozialer Medien viel schwieriger, als in den uns bekannten Medienwelten, weil wir ein gutes Verständnis dafür entwickelt haben, was Qualitätsmedien sind oder wo Qualität

in den entsprechenden Formaten hergestellt wird, welche Akteure für Qualität stehen. Das fällt vielen in den sehr schnellen, beweglichen Umgebungen der sozialen Medien schwerer und führt dann eben tatsächlich auch zu eklatanten Fehleinordnungen, Fehleinschätzungen, auf denen dann wiederum auch Entscheidungen getroffen werden, die für das Zusammenleben relevant sind. Und das ist durchaus problematisch.

Letzter Punkt, um auch hier noch einmal auf das „uns“ zu sprechen zu kommen. Diese identitätsstiftenden Formen der digitalen Kommunikation sind in den sozialen Medien auch extrem wichtig und extrem präsent. Da geht es auch sehr stark darum, wen ich zu meinen Freunden zähle, in welchen Sub-Netzwerken, die sich da in verschiedenen Plattformen bilden können, möchte ich integriert sein, mit wem möchte ich dort diskutieren. Das Phänomen, das wir dort häufig sehen, ist ja das der homogenen Kommunikationsgemeinschaften, die sogenannten Echokammern, wo man nur noch mit den Menschen redet, die im Grunde eigentlich das Gleiche denken oder sagen oder ich zumindest die Erwartung habe, die sind mir sehr ähnlich und die geben meine Position wieder, verstärken das, stärken vielleicht somit auch meine Haltung und meine Ideen, die ich zu einem bestimmten Thema habe. Dann entziehe ich mich aber dem für Demokratie ja sehr wichtigen Streit und dem Austausch von Argumenten. Und das ist glaube ich ein zweiter Punkt neben dem Zugriff auf unsichere Informationen, der gerade unter der Überschrift recht wichtig ist, wenn man fragt, welche Formen des „uns“ lassen sich in digitalen Medien herstellen. Das können sehr inklusive sein, es können aber auch sehr exklusive sein und zur Kommunikation in Gruppen führen, die sich systematisch gegen Einflüsse von außen abschotten, aber nach innen hin sehr kohärent, sehr positiv und selbstverstärkt miteinander umgehen. Was das für den demokratischen Prozess heißt, darüber kann man noch ein bisschen reden.

Elke Hülsmann: Darüber können wir sicherlich noch ein bisschen reden. Ich hänge an diesem Aspekt „Glaubwürdigkeit“. Ich glaube, was ich sehe, ich glaube eine Zuschreibung. Das war vorhin auch in dem Vortrag zu hören: Politiker und Politikerinnen, Institutionen, Akteure haben ein Glaubwürdigkeitspro-



blem. Wie wird denn Glaubwürdigkeit an der Stelle tatsächlich transportiert?

Gesine Schwan: Da ist vielleicht eine ganz gute Verbindung zu den Medien zu ziehen. Im normalen Umgang hält man eine Person für glaubwürdig, wenn man ihr unterstellt, dass sie das, was sie sagt, auch meint und dass sie auch entsprechend handelt. Für eine private Person ist das eine Frage der inneren moralischen und ethischen Leistung. Für einen Entscheidungsträger, eine Person in der Politik, die Verantwortung trägt, die gewählt ist, die wiedergewählt werden muss und die auch für andere Entscheidungen treffen muss, ist das sehr viel schwerer. Weil es ja nicht nur darum geht, die eigene Logik zu verfolgen, die eigene Überzeugung zu überprüfen und entsprechend zu handeln, sondern weil in der Politik nun mal verschiedene Gesichtspunkte und verschiedene Interessen zusammengebracht werden müssen, wenn man eine Entscheidung trifft. Das ist also schon mal viel schwieriger, eine Position zu bestimmen, die vielleicht nicht notwendig in allen Einzelheiten der eigenen Überzeugung entspricht, die man aber aus Respekt vor anderen Positionen vertreten muss. Hinzu kommt, dass eine politische Person, eine Entscheidungsträgerin, ein Entscheidungsträger das ja nicht in einem luftleeren Raum macht, sondern in einem medialen Raum, in einem Raum, in dem Medien, welcher Art auch immer, das transportieren, das kommentieren, das analysieren, was man öffentlich gesagt hat als Politiker oder als Politikerin.

In der gegenwärtigen Situation sind Politiker angehalten, sehr vorsichtig zu formulieren, weil sie jederzeit festgenagelt werden können auf irgendetwas, vielleicht sogar wahrheitswidrig festgenagelt werden können, aber auch wenn es nicht wahrheitswidrig ist, festgenagelt werden können auf irgendetwas, was sie so nicht gesagt haben, im Kontext so nicht gesagt haben und was ihnen die Chance sehr erschwert, wiedergewählt zu werden.

Ich möchte eine kleine Story aus meiner zweiten Kandidatur erzählen.

Im Januar 2009 wurde ich vom Münchener Merkur gefragt, ob ich wie Michael Sommer meine, dass uns soziale Unruhen ins Haus stünden. Damals haben Franzosen Autos angezündet. Ich habe geantwortet – weil ich Heitmeyer gelesen hatte: „Nein, das glaube ich nicht. Die deutsche Reaktion auf solche Frustrationen ist eher, dass man die Schwächeren attackiert, Ausländer oder Gebrechliche oder wen auch immer, und auf diese Weise die Stärke schafft, nicht dass man Sachwerte anzündet.“ Das ist nach den empirischen Untersuchungen deutscher Zustände von Heitmeyer so gewesen. Die erste Headline nach dem Interview war: „Gesine Schwan sagt, es wird keine sozialen Unruhen geben“. Die nächste Headline war: „Gesine Schwan vermutet soziale Unruhen“. Die dritte Headline war: „Gesine Schwan plädiert für soziale Unruhen“. Dann habe ich



am selben Tag eine öffentliche Rüge von der Kanzlerin und des Bundespräsidenten bekommen, weil ich leichtfertig soziale Unruhen herbeigeredet hätte. Das war wirklich eine Siegesleistung – und alles an einem Tag. Der Bundespräsident Köhler, mein Konkurrent, hat mich gerügt in der Position des Bundespräsidenten, weil ich so leichtfertig mit sozialen Unruhen umginge. Das war das einzige Mal, dass ich etwas dementiert habe. Ich weiß, man darf im Grunde nie etwas dementieren, auch nicht, wenn es richtig falsch ist, weil daraus eine weitere Story gemacht wird, und man wird sie nicht mehr los.

Dann, zwei Jahre später, hat die Süddeutsche Zeitung, eine ganz seriöse Zeitung, die ich jeden Tag lese, ebenso wie die FAZ und die TAZ und den Tagesspiegel, also jedenfalls die Süddeutsche Zeitung, die hat auf Seite zwei einen sehr guten Artikel über Heitmeyer geschrieben und den Rechtsradikalismus, genau in dem Sinne, wie mir das bekannt war. Dann habe ich dem Journalisten einen privaten Brief geschrieben, dass ich sehr begeistert von dem Artikel sei, allerdings schreibe er an einer Stelle: „Es ist also nicht so, wie Gesine Schwan vor zwei Jahren gesagt hat, dass soziale Unruhen entstehen.“ Das habe ich nicht gesagt, das könne er auch noch einmal nachlesen und ich wäre ihm sehr dankbar, wenn er das bei Gelegenheit richtigstellen würde. Ich habe nie eine Antwort dieses Journalisten bekommen und er hat es auch nie richtiggestellt. Ich erzähle das nur als Story. Ich kann darüber auch nur noch lachen, es ist richtig komisch. Aber ich bin keine Berufspolitikerin in dem Sinne, ich muss nicht davon ausgehen, dass ich die nächsten drei bis vier Jahre mit solchen Sachen irgendwie immer rechnen muss. Jetzt kann man weinen und jammern über die Medien. Das tue ich nicht. Ich will nur die Konstellation besprechen.

Das heißt, wenn ich als Politikerin und Politiker ehrlich eine inhaltliche Aussage treffen will, muss ich so aufpassen mit den Formulierungen, dass es dann oft zu Sprachregelungs-Formulierungen kommt und die wirken auf die Leute steril, langweilig und nicht authentisch. Das ist ein Mechanismus. Ich glaube, dass man dagegen nur ankann, indem man mit Medien und Medienvertretern zusammen diese Fragen debattiert.

Aber es ist nicht so, dass zum Beispiel in der heutigen Journalistenausbildung – das habe ich empirisch erlebt – die jungen Leute auch auf die Frage hin vorbereitet werden: Was ist eigentlich die Aufgabe von Medien in der Demokratie?. Es ist

nämlich eine normative Aufgabe. Es gibt bestimmte Scheußlichkeiten, die man ethisch einfach nicht tun darf. Da renne ich bei Ihnen offene Türen ein. Aber wenn das gar nicht diskutiert wird? Das habe ich mal in einer Journalistenschule erlebt. Die Studierenden, die mich interviewten, kannten alle Tricks und haben versucht, was aus mir rauszukriegen. Ich musste innerlich so lächeln, weil sie alles nach den Regeln richtig gemacht haben. Als das Interview vorbei war, habe ich darum gebeten, auch eine Frage zu stellen: „Was ist Ihre Aufgabe in der Demokratie?“ Die waren völlig verblüfft und die Ausbilder waren furchtbar geniert, weil die Studierenden keine Antwort wussten. Ich meine, an diesen weichen Faktoren muss man auch ein bisschen arbeiten.

Elke Hülsmann: Das ist die Rolle des Politikers, der Politikerin und derer, die in der Öffentlichkeit was transportieren wollen. Es ist also auch die Frage, wie wird es transportiert?

Jetzt haben wir über Qualitätsmedien gesprochen, wenn wir uns anhören, was für Zeitungen da jeden Tag gelesen werden. Aber parallel läuft doch genau die andere Entwicklung, dass ja auch Medien, auch diese Qualitätsmedien, die öffentlich-rechtlichen, ein Glaubwürdigkeitsproblem zumindest zugeschrieben bekommen. Stichwort „Lügenpresse“. Sie kennen die Untersuchung mit Sicherheit besser als ich. Ich bin eher zufällig darauf gestoßen. Der WDR hat im Dezember 2016 eine Glaubwürdigkeitsstudie in Auftrag gegeben. In der Veröffentlichung des Ergebnisses heißt es, dass laut repräsentativer Befragung 61 % der befragten Bürgerinnen und Bürger sagen, dass sie großes oder sehr großes Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Mittelwert 61 %. 64 % sagen, ich habe ein sehr großes oder großes Vertrauen in den öffentlichen Rundfunk und ich nutze keine sozialen Medien. 47 % sagen, ich habe Vertrauen in den öffentlichen Rundfunk, aber ich bin fleißig in sozialen Medien unterwegs. Das heißt, je mehr Nutzungsverhalten offenbar in den sozialen Medien stattfindet, desto mehr wird hoffentlich gut recherchierter Journalismus, in irgendeiner Weise diskreditiert. In der Untersuchung sagen auch 46 % der Befragten, mein Vertrauen in die Öffentlich-Rechtlichen ist in den letzten Jahren gesunken. Das ist ja eine Entwicklung, in der es nicht nur darum geht, wie Botschaften transportiert werden, sondern wie sie dann auch von den Bürgerinnen und Bürgern rezipiert werden.

Professor Dr. Christoph Bieber: Ich kenne die Untersuchung in Teilen, aber vielleicht nicht so gut, wie Sie vermuten. Ich glaube, man liest in solchen Zahlen auch so ein bisschen das Ergebnis einer sich in den letzten Jahren wandelnden Mediennutzung in ganz breiten Teilen der Gesellschaft und die Vervielfältigung von medialen Angeboten, ob es nun die sozialen Medien sind oder andere Formen.

Es muss ja nicht immer nur dieses fiese Facebook oder das noch schlimmere Twitter sein. Ich kann auch an anderen Stel-

len im Netz Informationen erhalten, die durchaus auch gut und auch produktiv und qualitativ sind und die vielleicht auch gerade dazu beitragen, dass – ich will nicht sofort sagen, dass die Glaubwürdigkeit sinkt – aber dass doch mehr Menschen tatsächlich auch an Qualitätsmedien vielleicht vorsichtiger herangehen und hinterfragen, ob das, was dort gemacht wird, tatsächlich das Gesetzte ist, für das man es vielleicht einmal gehalten hat, sondern dass vielleicht auch dort bestimmte Mechanismen greifen, die doch zumindest zum Nachdenken anregen sollen. Und insofern glaube ich, kann man auf der einen Seite das als eine größere Vorsicht gegenüber den Medieninhalten aller Art lesen und – das Beispiel war ja sehr schön, was Sie geschildert haben – es ging um Qualitätsmedien. Mit so einer ganz leichten Verschiebung hätte man da ja auch von Fake-News reden können, aber noch bevor dieser Begriff salonfähig wurde.

Das sind Dinge, die nicht vollkommen neu sind und die auch nicht unbedingt mit der stärkeren Nutzung sozialer Medien zu verbinden sind. Was bei den sozialen Medien hinzukommt, was auch gerade bei der Diskussion im Umfeld öffentlich-rechtlicher Medienangebote relevant ist, ist natürlich auch eine generationelle Frage. Wer nutzt in den Alterskohorten unter 30 oder auch unter 40 tatsächlich die Angebote öffentlich-rechtlicher Medienanbieter?

Fragen Sie das Ihre Studierenden?

Ich sage immer, ihr guckt das ja sowieso alle nicht. Bei einem Durchschnittsalter von um die 60 als Nutzer der Öffentlich-Rechtlichen sind die Anfang 20-Jährigen eigentlich sowieso nicht dabei. Die melden sich dann aber natürlich immer und sagen, doch, doch, Tagesschau und Nachrichten, das würden sie schon gucken. Aber die nutzen auch nicht unbedingt die digitalen Angebote. Da sind ja die öffentlich-rechtlichen Medien längst auch aktiv. Wenn man die dann fragt, wer von denen „funk“ nutzt, also die explizit für die jungen Jahrgänge gestaltete neue Plattform von ARD und ZDF mit der Zielgruppe 14 bis 20 – die nutzen die Studierenden auch nicht.

Was nutzen die denn?

Die sind bei Facebook. Die sind bei eigentlich den noch jüngeren Plattformen. Es gibt auch so diesen Hinweis, na ja, Facebook ist für Eltern. Das ist dann Instagram, das ist Snapchat, das sind dann die Plattformen, die auf noch jüngere Jahrgänge zielen, das ist dort präsent. Facebook ist im Moment eher noch so etwas wie ein gemeinsamer Nenner. Twitter ist es im Übrigen nicht. Wenn man da nachfragt, heben sich kaum Hände. Das ist eine nicht besonders verbreitete Plattform hier in Deutschland. Nur um das noch einmal abzubinden, die sinkende Glaubwürdigkeit oder das wachsende Misstrauen in die Öffentlich-Rechtlichen muss nicht zwingend mit schlechten Nutzungserfahrungen zusammenhängen, sondern ich glaube, das

kommt eher von nachlassenden Nutzungserfahrungen. Viele kennen sich da vielleicht auch gar nicht mehr so gut aus, bei einer gleichzeitigen Überfülle von Angeboten zu Information, die sicher auch genutzt werden. Sich in diesem Mediendurch-einander zurechtzufinden, ist für viele schwierig.

Gesine Schwan: Wenn ich befragt worden wäre, hätte ich auch nicht gesagt, ich traue den öffentlich-rechtlichen Medien einfach. Ich bin so erzogen, dass ich jedem Medium mit Skepsis und Kritik begegne, auch den öffentlich-rechtlichen. Ich habe eine Reihe von Erfahrungen gemacht, für mich ganz markant in der Krise mit Griechenland 2015 – was da alles so übereinstimmend über Griechenland gesagt worden ist, angefangen mit der Metapher, die Griechen haben ihre Schularbeiten nicht gemacht. Das war ein absoluter Unsinn, von Schäuble in die Welt gesetzt. Es suggerierte nämlich, das ist ein Faktum, apropos ist faktisch, die Griechen haben ihre Schularbeiten nicht gemacht. Wenn Sie sagen, Fritzchen hat seine Schularbeiten nicht gemacht, dann sagen Sie, das ist ein Faktum. Bei näherer Betrachtung war es bei den Griechen ganz sicher kein Faktum, denn die haben andere Schularbeiten gemacht als Schäuble wollte. Die haben nämlich eine Menge Schularbeiten

Und was Herr Krause in Brüssel für die öffentlich-rechtlichen Germeien alles transportiert hat – mit abschätzigen Bemerkungen über SYRIZA usw. – da kann ich nur sagen: Öffentlich-Rechtlich hin oder her. Und ich habe gerade neulich mit einem ehemaligen Studenten gesprochen, der beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist und sich mit einigen anderen Jüngeren zusammengetan hat, weil er sagt, wir haben selbst Schuld daran, dass man uns nicht glaubt. Und der sich sehr genau das anguckt und sagt, jeden Morgen, wenn ich die Morgennachrichten verlese, frage ich mich, ist das ein Faktum, was ich als Nachricht gebe, oder bringe ich das in einem Zusammenhang, in dem es eigentlich irreführend ist oder löse ich es aus einem Zusammenhang. Ein Faktum für sich ist nämlich gar nichts. Man muss es irgendwie in einen Zusammenhang sortieren oder aus einem Zusammenhang rausbringen. Und da sind immer Interpretationen nötig. Das versteht sich nie von selbst, in welchem Kontext man so ein Faktum bringt und vorträgt.

Da glaube ich, ist es notwendig, eine sehr viel pluralistische Mediensituation zu haben, und da gibt es natürlich einige strukturelle Probleme. Angefangen damit, dass ganz intensive



gemacht, die haben Reformvorschläge gemacht, die haben sie alle vorgelegt. Aber es wäre schwerer gewesen, in der Öffentlichkeit zu transportieren, die haben Antworten gegeben, aber aus den und den Gründen wollen wir sie nicht. Dann hätte man sich nämlich in die Diskussion der Alternativen begeben müssen. Und statt sich in die Alternative zu begeben, hat man ein Faktum produziert und so getan, als gäbe es gar keine Alternativen und das ist ein Herrschaftstrick, nichts anderes.

Recherche viel Geld kostet und sich nicht mehr überall rentiert. Sie haben Reproduktionen von Stücken noch und noch. Wenn wir wirklich nicht nur eine vielfältige Medienlandschaft hätten, sondern auch noch eine argumentierende, das ist nämlich was anderes. Selbst wenn man sagt Pro und Kontra, sagt das noch gar nichts. Wenn man jetzt einginge auf die jeweiligen Positionen und da eine Argumentation macht, also sozusagen „Habermas Deliberation“, dann wird es interessant, weil man

dann erst anfängt zu testen, wie valide sind denn eigentlich die Argumente, die Behauptungen, die da vorgebracht werden. Und ich glaube, nur, wenn man durch solche Tests geht und sie auch sie subjektiv ernst nimmt, kann man immer noch nicht 100-prozentig vertrauen, das würde ich nie tun, aber man kann darauf hoffen, dass in der Kontroverse und in der Alternativität eine Chance besteht.

Elke Hülsmann: Aber dann sind wir doch wieder an dem Punkt, an dem ich vorhin eingesetzt habe. Informationen sind da, aber um diese Informationen einzuordnen, dazu braucht es einen Kontext und hier sitzen jede Menge Menschen, die sich in der politischen Bildung tummeln. Da frage ich mich ja: Wo ist da die Handlungsaufforderung und an wen richtet sie sich? Genau diese Möglichkeiten des Einsortierens, da entsprechende Plattformen zu entwickeln, da scheint es doch nötig, an einem Scharnier zu arbeiten. Wer ist denn da verantwortlich?

Gesine Schwan: Wir alle!

Professor Dr. Christoph Bieber: Es gibt ja genügend Akteure, die für politische Bildung da sind und die durchaus diese Entwicklung auch in den letzten Jahren begleitet haben, auch darauf reagiert haben. Also ist es ja nicht so, dass das jetzt auf einmal über uns kommt wie ein Sturm, sondern es ist eine relativ langsame Entwicklung in den letzten Jahren, auf die man Schritt für Schritt schon eingeht, aber wir sehen ja, auch das ist nicht trivial. Das ist das Lernen des Umgangs mit den



Plattformen, zumal in dieser rasanten Entwicklung. Es kommt ja immer wieder was Neues hinzu, wo man auch nicht genau weiß, ist das jetzt etwas, das ich für meine Arbeit brauche oder nicht. Das ist alles andere als einfach und absolut zeitintensiv. Und Institutionen sind eben auch langsam im Lernen und insofern glaube ich jetzt nicht, dass man sagen kann, hier ist eine

Entwicklung massiv verschlafen worden auch im Bereich der politischen Bildung oder der Medienbildung.

Ich glaube auch nicht, dass solche Diskussionen besonders hilfreich sind, die sagen, wir brauchen ein Fach Medienkompetenz in der Schule. Das ist ja auch wieder so eine Debatte, die dann aufgerufen wird. Das Einfangen solcher Fragen in einem Container eines Faches funktioniert nicht. Das sehen wir auch in der Uni. Wir können auch nicht sagen, wir lenken all diese wichtigen Fragen in einen Kurs oder irgendwas mit Schlüsselqualifikationen und dann lernen die das, sondern das muss sich eigentlich quer durch alle Fächer ziehen. Das Gleiche gilt auch für die Schule. Da hilft ein einzelner Fachcontainer nicht. Genauso wäre es, kurzsichtig zu sagen, na ja, dann müssen eben die Bildungseinrichtungen alle ihre Programme im Bereich Medienkompetenz hochfahren. Nein, wahrscheinlich muss man bei jedem inhaltlichen Thema darüber nachdenken, in welcher Weise das Thema etwas mit Öffentlichkeit, mit Medien, mit Kommunikation zu tun hat und in welcher Weise sich das in den vergangenen Jahren verändert hat. Da wird man vermutlich zu so gut wie jedem Thema etwas finden. Und das betrifft auch dann ganz klassisch die Art und Weise, wie Politik gemacht und kommuniziert wird.

Wir haben es schon angesprochen: In dieser sehr grell ausgeleuchteten Landschaft, in der ein Politiker sprechen muss, in der er sich präsentieren muss, wird er immer auch daran gemessen, inwiefern das, was er tut, was er entscheidet, was sie entscheidet, denn in bestimmten programmatischen Programmpunkten in den Parteimanifesten oder in wichtigen Reden, Regierungserklärungen irgendwann mal gesagt wurde, tatsächlich auch in der Regierungsarbeit umgesetzt wird. Das wird immer greller ausgeleuchtet und da darf man sich in der Tat dann keinen Fehler oder Fehltritt erlauben. Was dazu führt, dass einige Politiker auch dazu übergehen zu sagen, na ja, mit den Medien rede ich nur noch dann, wenn es unbedingt sein muss, ansonsten mache ich das eben selbst. Das war übrigens auch eine sehr erfolgreiche Strategie von Barack Obama, die eigenständige, autonome Medienkraft des Weißen Hauses zu stärken unter Nutzung digitaler Medien und dort eigene reichweitenstarke Formate aufzubauen, die ihn mehr oder weniger unabhängig gemacht haben von einer kritischen Presse.

Gesine Schwan: Ich halte genauso wenig wie Sie von diesen ganzen Fächern und Fachkompetenzen, Wirtschaftslehre, Medienkompetenz. Das ist die Idee, dass man in einem Fach sowas abhandeln kann.

Was man, denke ich, in der Bildung machen muss, ist, einen Sinn dafür zu entwickeln, dass man nach Begründungen für Behauptungen sucht. Das ist ganz simpel. Ob die Begründungen richtig sind, ob es nur eine gibt, ob die nicht weitere Begründungen nach sich ziehen muss, das ist dann die nächste Sache. Aber in dem Moment, wo ich nicht einfach eine Be-

hauptung akzeptiere, sondern frage: Wieso? Wie begründest du das, welches ist der empirische Horizont?, in dem Moment fängt man an zu denken. Und dann gibt es eben nicht einfach ein Wissen, in das man Informationen einordnet, sondern es gibt sehr unterschiedliche Einordnungszusammenhänge, darin besteht ja die Diskussion. Es gibt keine Interpretation oder Zusammenhänge von Fakten.

Ich habe heute in der Süddeutschen eine kleine Notiz gelesen, dass der Wirtschaftsberater von Trump den Vorwurf erhoben hat, dass die Bundesregierung den Euro niedrig hält und auf diese Weise die Exporte gegen die Amerikaner besonders leicht tätigen kann. Nun ist mir ja Trump wirklich nicht sehr sympathisch und den Berater kenne ich nicht, aber der Berater hat Recht. Dieser Euro ist eine unglaubliche Chance für den deutschen Export und zwar gerade, weil diese südlichen Länder ihn dann auch noch so niedrig halten. Wenn wir eine D-Mark hätten, würde unser Export nicht so florieren. Das wissen wir alle. Das ist ein ökonomischer Zusammenhang, der nicht von der Bundesregierung offiziell an die große Glocke gehängt wird, weil er nämlich zeigen würde, dass wir in Europa davon profitieren und in anderen Bereichen auch, wie das alles läuft und zugleich die kujonieren, die die Voraussetzung dafür sind, dass der Euro so niedrig ist.

Das würden wir alles nicht sehr gerne offen sagen, aber nun hat es der Berater von Trump gesagt, das macht mir die Sache nicht sympathisch, aber es stimmt. Und jetzt kommt die nächste Sache: Wenn wir eine Wahrheit daran knüpfen, ob die Person mir sympathisch ist oder nicht, dann sind wir auch nicht gut beraten. Es kann schon mal vorkommen, dass Leute, die wir überhaupt nicht ausstehen können, die oft Unrecht haben, etwas sagen, was nicht von vornherein falsch ist. Man muss es dann trotzdem in einen anderen Kontext ordnen und die Bundesregierung kann auch nicht einfach den Euro senken. Das ist natürlich Quatsch, aber sie profitiert vom niedrigen Euro, das ist ökonomisch ziemlich klar. Und sie will es als Faktum nicht gerne öffentlich sagen, weil dann nachgefragt werden würde, na ja, ihr sagt doch immer, ihr seid die großen Gönner hier in Europa, und in Wirklichkeit profitiert ihr zu Ungunsten anderer und das gilt ja für die Kredite ganz genauso.

Das Einordnen in Zusammenhänge, das ist sozusagen die methodische Forderung, die man immer stellen muss. Ich habe zehn Jahre lang Einführung in die Politikwissenschaft unterrichtet und immer mit einem anderen Dozenten zusammen, weil wir immer unterschiedliche Perspektiven präsentieren wollten. Und immer haben wir versucht, in der Einführungsvorlesung unterschiedliche Begriffe, z. B. von Politik, von Wissenschaft usw., zu präsentieren und das Urteilsvermögen der Studierenden dadurch zu erleichtern, dass wir sagen, fragt doch nach den Begründungen für diese unterschiedlichen Politiken. Warum sagt Carl Schmitt etwas ganz anderes über Politik als Aristoteles oder Augustinus. Warum? Was sind die Begrün-

dungen, in welchem Kontext sehen sie das und wenn sie das praktisch vorgeführt bekommen, merken sie, aha, es gibt nicht ein Verständnis von Politik, es gibt ganz verschiedene und sie haben alle so ihre Logiken. Sie kommen nicht von ungefähr, sie sind auch nicht willkürlich, sondern sie haben ihre Kontexte und was ich jetzt machen muss ist, mir selbst meinen Begründungskontext zu erarbeiten. Deswegen sage ich, wir sind alle dafür verantwortlich, das können wir nicht an der Garderobe abgeben oder sagen, hier ist der Dozent, der dafür zuständig ist, wie wir das richtig einordnen.

Elke Hülsmann: So, wie es die unterschiedlichen Logiken von Demokratie gibt.

Ich lade ein, sich zu beteiligen. In der Pause wurde diskutiert, vor der Veranstaltung wurde diskutiert, jetzt muss sich die erste Person outen: Dieter Schormann von der NGG.

Dieter Schormann: Ich habe zwei Fragen oder zwei Anmerkungen. Erste Anmerkung zu den Medien: Ich vermisse eine öffentliche Diskussion über die Medien, über die politische Wirkung von Medien insgesamt. Ich kenne die Diskussion hier in NRW, als in den achtziger Jahren über die Einführung des Lokalfunks diskutiert worden ist. Da wurde immer die Frage gestellt, welche Interessen werden denn durch die lokalen Medien vermittelt bzw. getragen. Diese Diskussion kommt jetzt, finde ich, bei der Diskussion über soziale Medien insgesamt viel zu kurz.



Zweite Anmerkung an Gesine Schwan. Ich fand das Plädoyer für die Kommunalisierung der Politik hervorragend. Ich habe nur ein Problem damit: Seit zwanzig, dreißig Jahren stellen wir fest, dass bei jeder Kommunalwahl die Beteiligung an der Wahl immer weiter zurückgeht und im selben Zeitraum hat es ja immer wieder das Plädoyer für die Lokalisierung bzw. für



die Kommunalisierung von Politik gegeben. Ich glaube, dass das auch etwas damit zu tun hat, dass die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie sich denn kommunalpolitisch engagieren für bestimmte Projekte, dass sie dann sehr häufig darauf verwiesen werden, dass es übergeordnete Interessen gibt, die die Wirksamkeit ihres politischen Engagements einschränken. Ein Beispiel ist die Diskussion, sowohl hier in Düsseldorf, aber auch beispielsweise in Köln, um den Flughafen, über Nachtflugverbote etc..

Das heißt, den Menschen wird vor Augen geführt, dass ihrem Engagement im Grunde genommen Grenzen gesetzt werden. Und das wiederum führt dann dazu, dass die Beteiligung auf kommunaler Ebene, sich politisch zu engagieren, auch immer weiter zurückgeht.

Gesine Schwan: Ich finde diesen Einwand sehr wichtig. Und es ist ja auch klar, dass dieser Vorschlag jetzt nicht plötzlich alle Rätsel lösen kann. Aber ich würde gerne ein paar Überlegungen zur Debatte stellen.

Erstens: Wir haben in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren aus übergreifenden Gründen und Entwicklungen eine Entpolitisierungen der Gesellschaft erlebt, die nicht zuletzt das Ergebnis der Kultur des Neoliberalismus war, dass man den Staat möglichst durch den Markt ersetzen muss, so dass auch



gesellschaftlich Erfolgskriterien vielfach unter dem Aspekt von ökonomischer Effizienz, Drittmitteln in der Universität usw. gemacht wurden. Dass Politik immer weniger, gerade auch bei der jüngeren Generation, als etwas angesehen wurde, im Sinne der Gemeinwohlorientierung, was aber nicht heißt, dass sie sich nicht durch Außenbürgerinitiativen und so etwas engagiert haben. Nur ist es eine Entwertung des Politischen gewesen, sofern es vom Staat repräsentiert wird.

Zweitens: Die Kommunen sind auch durch diese ganze Privatisierungswelle geschwächt worden. Denn wenn man nicht über etwas Vernünftiges Finanzielles zu entscheiden hat, dann ist auch nicht mehr so viel Raum, das zieht die Leute nicht an.

Drittens: Und das ist jetzt das Wichtigste, es ist ja ganz klar, dass kommunale Entscheidungen im Kontext von anderen stehen und man nicht von der Kommune her den gesamten Kontext bestimmen kann. Mein Vorschlag kommt ja sehr stark aus der Ermächtigungsidee für Bürger und aus der Idee, dass man vor Ort genauer gucken kann, wie verschiedene Faktoren kreativ zusammengebracht werden können.

Aber wenn jetzt das Übergeordnete kommt, der Flughafen ist aber aus ökonomischen und sonstigen Gründen wichtig, dann ist das Problem, wenn man sich damit zufriedengibt. Das heißt, man muss im Grunde dieses übergeordnete Argument genauso in die Debatte einbeziehen wie die anderen, wie die inneren. Es ist nicht immer richtig, dass dieses übergeordnete Argument stimmt. Und es zieht dann immer größere Kreise – also die dritte Landebahn oder sonst etwas ist in einem bestimmten Horizont ökonomisch erforderlich – und dann wird der Diskurs gestoppt, auch in den Medien.

Wenn man aber dann den nächsten Schritt geht und guckt, wie weit Klimaveränderungen und sonstiges mit einzubeziehen sind, dann sieht die Sache schon wieder anders aus.

Dasselbe gilt in der Energiepolitik – und die Trialoge, die wir in unserer Humboldt-Viadrina-Governance-Plattform führen, sind eben bewusst Trialoge zwischen Unternehmen, organisierter Zivilgesellschaft und Vertretern staatlicher Politik. Zunächst haben gerade die großen Unternehmen den Eindruck, dass sie sich überhaupt nicht mit Attac oder Greenpeace oder sowas auseinandersetzen müssen. Sie sind es auch nicht gewohnt zu argumentieren, sie haben hierarchische Strukturen und sie ordnen an. Aber sie glauben auch, dass diese anderen völlig aus der Welt sind.

Jetzt waren aber die letzten zehn Jahre intensive Lernjahre, da wir starke wirtschaftliche Strukturbrüche hatten. Und eine Reihe von denen haben gelernt, z. B. RWE, dass, wenn sie ein bisschen früher nachgedacht hätten, wie sie ihre Business-Modelle aufbauen, sie besser dastünden als jetzt.

Das heißt, dass diese scheinbar nicht wirklich exotischen Beiträge von der organisierten Zivilgesellschaft, die auch so frech und respektlos sind und noch dazu mehr und mehr wissenschaftlich akademisch ausgestattet, dass die für ihre eigenen langfristigen Investitionsinteressen gar nicht so schlecht und so unwichtig sind, weil sie nämlich plötzlich Perspektiven einbringen, die ihnen der notgedrungen kurze Markthorizont nicht liefert.

Selbst bei langfristigen Investitionen ist der Markthorizont für sie kurz, weil die jeweilige kaufkräftige Nachfrage da im Wesentlichen steht. Also, das zieht Kreise.

Was ich für die Kommune als Grundhaltung fordere, ist auch mal die Stakeholder-Einstellung, dass man sich mit anderen Perspektiven und deren Logiken erst mal auseinandersetzt, sie nicht akzeptiert, aber auseinandersetzt, und in dieser Auseinandersetzung die Chance hat, die Tragfähigkeit der Argumente zu prüfen. Ohne so eine Auseinandersetzung kann man sie nicht prüfen.

Und wenn man in diesen Habitus kommt, dann kann man sehr schnell als nächstes fragen: Also gut, ihr sagt, für diesen Status quo, für eine bestimmte Prognose der Wirtschaftstätigkeiten brauchen wir das. Aber die Frage ist doch, ob wir das dann wirklich brauchen. Wenn man z. B. bei Investitionen in Europa sieht, wie sie wirklich entschieden werden, dann muss man nochmal genauer gucken, welche Baufirmen dahinterstehen, welche Gelder da geflossen sind, um in Portugal Autobahnen zu bauen, die die Portugiesen offensichtlich nicht brauchen. Das ist das ganz typische Geschäft von Entwicklungspolitik. Und da ist es wieder ganz gut, mal die Stakeholder zu haben.

Ich bin dazu inspiriert worden, weil vor eineinhalb Jahren ein Fall in Cádiz, in Spanien, in die Zeitung kam. Cádiz hat riesige Gelder von der europäischen Investitionsbank bekommen, weil die Bürgermeisterin die Idee hatte, das Hafenbecken völlig zu verlagern. Das ist ja keine kleine Unternehmung. Schafft viele Arbeitsplätze, war aber offensichtlich ökonomisch unsinnig. Aber sie hatte eine gute Freundin in der Investitionsbank. Aufgedeckt haben das NGOs aus dieser Gegend, die durchaus an Arbeitsplätzen interessiert gewesen wären, die aber deutlich gemacht haben, da hängt nicht das Interesse an Arbeitsplätzen dran, sondern ganz andere Sachen. Man muss also wirklich, sozusagen als Sand im Getriebe, bei all diesen administrativen und ökonomischen Entscheidungen diese Stakeholder einbeziehen. Das finde ich wichtig.



Und bei den Gemeinden läuft dann eben auch nicht alles wahnsinnig kompetent, das ist doch alles klar, das ist doch alles sehr endlich im Leben. Aber wenn wir andere Gesichtspunkte miteinbeziehen und ernst nehmen, müssen wir einfach genauer nachdenken, ob diese Selbstverständlichkeit, die wir jetzt gerade angenommen haben, wirklich selbstverständlich ist oder ob wir nicht ganz anders verfahren müssten.

Professor Dr. Christoph Bieber: Zu den sozialen Medien und den Interessen dahinter: Vielleicht muss man an der Stelle nochmal deutlich sagen, dass, obwohl wir wie selbstverständlich von sozialen Medien sprechen, die Analogie nicht unbedingt zu den klassischen Medienunternehmen oder Medienhäusern, die für die Gestaltung unserer Medienlandschaft im Verbund gemeinsam mit den öffentlich-rechtlichen Anbietern hier wesentlich verantwortlich sind, zu ziehen ist.

Facebook, Twitter, andere sind erst mal Wirtschaftsunternehmen, die Produkte entwickeln, die von vielen Menschen nachgefragt und offensichtlich auch genutzt werden. Und dort werden nicht nur, aber zu großen Teilen, medienähnliche Inhalte hergestellt. Nicht unbedingt mit Redaktionen, denen man dann auch bestimmte ideologische, politische Interessen einfach zuordnen kann, sondern das sind dummerweise wieder wir alle, die diese Plattformen nutzen und dort bestimmte Inhalte positionieren – als einzelne oder innerhalb von Gruppen oder aber



mit schon vorhandenen Angeboten aus der analogen Welt und dort die Reichweiten, die uns dort angeboten werden, nutzen.

Die Medienpolitik beschäftigt sich natürlich mit der Frage, wie man mit solchen Anbietern umgeht, wie man sie unter Umständen regulieren kann. Es ist in der Diskussion, dass man die Landesmedienanstalten mit dieser Aufgabe betraut, die dann so etwas wie neue private Medien quasi beaufsichtigen müssten (die blöderweise ihren Sitz nicht hier um die Ecke haben, sondern ganz woanders). Wenn man soweit geht zu sagen, das ist eine neue Form des Intermediären, das nicht so etwas wie Runkfunk macht, aber eben doch als Medienanbieter verstanden werden kann, dann müssten im Gegenzug solchen Unternehmen auch bestimmte Freiheitsrechte zugestanden werden, die wir Medien in der Demokratie zugestehen. Das würde die Sache nicht unbedingt einfacher machen.

Im Moment ist es ein großes Problem, tatsächlich richtig einschätzen zu können, was diese Dienstleister denn eigentlich tun und wann es zu etwas wird, das mit dem vergleichbar ist, was wir bisher noch sehr altertümlich Rundfunk nennen, weil an dieser Stelle dann bestimmte Formen der Regulierung greifen. Und das ist in Deutschland nochmal doppelt kompliziert, weil wir unterschiedliche Zuständigkeiten haben. Wir haben für den Rundfunk die Zuständigkeit der Länder. Wir haben für digitale Telekommunikationsdienstleistungen die Zuständigkeit im



Bund. Das, was in den sozialen Medien passiert, ist irgendwie in beiden Bereichen verortet. Es gibt eine europäische Idee hinter einer Reaktion auf die Nutzung sozialer Medien. Also ist es nicht so, dass man die Problematik dahinter nicht sieht, aber sie ist in diesen Fällen, wo es tatsächlich um soziale Medien als Plattform geht, sehr sehr schwer umzusetzen.

Etwas einfacher ist es vielleicht bei Medienanbietern, die jetzt auch stärker in unsere Märkte eindringen. Heute ist der erste Februar, da startet das Angebot von Breitbart News Deutschland. Da wird es einfacher sein zu sagen, da sind bestimmte Interessen im Hintergrund. Die Frage ist, als was treten sie hier in diesen Medienmarkt ein? Machen sie Rundfunk oder organisieren sich eher als eine soziale Plattform? Wie reagiert Politik darauf und wie verändert sich möglicherweise durch solche Player in der nächsten Zeit auch unsere Medienwelt ein bisschen hin in die Richtung, die wir aus anderen Ländern, im Moment vor allen Dingen aus den USA kennen? Dort haben wir eine ganz starke parteipolitische Segmentierung und Polarisierung im Mediensystem, die hier in Deutschland durchaus auch schon vorhanden ist, aber doch sehr stark abgefedert und abgemildert wird durch so einen Akteur wie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der ja qua Idee erst mal sowohl staatsfern wie auch marktfern ist. Und genau diese Zuschreibungen funktionieren bei den sozialen Medien nicht so ohne Weiteres. Sie sind im Visier, aber man stellt im Moment fest, dass eigentlich noch gar nicht die Werkzeuge da sind, die man aus der klassischen Medienpolitik kennt, um sie dort anzuwenden.

Hinzu kommt, dass die sozialen Medien dann wirksam werden, wenn sie von den Nutzern in quasi rundfunkähnliche, oder medienähnliche Angebote umgeformt werden. Unternehmen selber sind da sehr zurückhaltend. Sie sagen, na ja, wir sind nicht wirklich ein Medienunternehmen, wir sind ein Technologie-Dienstleister, der eben in manchen Fällen ganz gut kompatibel zu den vorhandenen Medienorganisationen ist.

Ludger Gruber, Landesbeauftragter Konrad-Adenauer-Stiftung in Nordrhein-Westfalen: Eine Anmerkung und eine Frage. Zunächst die Anmerkung: Wenn wir hier stehen haben "Demokratie ist das, was uns zusammenhält" und wir den Eindruck haben, Demokratie funktioniert nicht mehr so, wie wir uns das wünschen, müssen wir uns ja fragen, wo das herkommt. Die Entpolitisierung, die wir haben, ist, glaube ich, nicht nur irgendeiner neoliberalen Entwicklung anzulasten, sondern wir haben eine Reihe von weiteren Faktoren, von denen ich nur zwei oder drei nennen will.

Wir müssen mal aufhören mit dem seit Jahrzehnten gepflegten, edlen Politiker- und Parteien-Bashing, was wir hier in Deutschland haben. Wenn wir das ganze System ständig als korrupt oder zu langsam oder schwerfällig betrachten, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass junge Leistungsträger es nicht mehr attraktiv finden, selber aktiv in die Politik hineinzugehen.

Wir haben vielleicht eine zweite langfristige Ursache, dass wir Politik nicht mehr normativ diskutieren. Wir haben eine Exekutiv-Dominanz in der Politik, wo es eben nur noch um Verwaltungshandel geht, aber nicht mehr um Leitbilder, um Visionen, die vielleicht Attraktivität erzeugen könnten, um wirklich in die politische Debatte einzusteigen und vieles mehr.

Das war nur eine Vorbemerkung und die Frage zielt jetzt darauf: Wie können wir eigentlich Demokratie wieder revitalisieren?

Und auch da möchte ich nochmal an meinen Vorredner anschließen. Das mit der kommunalen Ebene ist sicherlich ein Teilaspekt, aber ich glaube, noch nicht ausreichend. Wir haben leider Gottes nach der ganzen Debatte um diese Großprojekte, wie wir bei Stuttgart 21 hatten, eigentlich keine gute Lösung gefunden, wie wir jetzt Beteiligung tatsächlich vernünftig so organisieren, dass einerseits Verantwortlichkeit in der repräsentativen Demokratie weiter gilt und trotzdem ein breiteres Konsultativverfahren noch vernünftig integriert werden kann.

Wie sehen Sie das, an welchen Stellschrauben müssen wir noch, über die Kommune hinaus, drehen, damit wirklich wieder eine relevante politische Beteiligung attraktiv für den Bürger gestaltet werden kann?

Gesine Schwan: Ich bin nicht ganz sicher, ob ich akustisch die beiden Vorbemerkungen richtig verstanden habe, aber ich



habe diese „Bashing-Sache“ verstanden. Ich bin immer in jeder Hinsicht gegen Bashing und ich glaube, ich selbst habe es auch an keiner Stelle betrieben, aber ich finde es auch problematisch, wenn man denkt, die Diskreditierung der Demokratie oder auch die Diskreditierung der Europäischen Union liegt vornehmlich daran, dass die Europäische Union oder die Demokratie schlechtgemacht worden sind. Ich habe in Berlin im Haus der Europäischen Kommission inzwischen eine ganze Reihe von Veranstaltungen mitgemacht und zugehört, wenn Kommissare gekommen sind und mit den Bürgern über die Europäische Kommission und über die Europäische Union insgesamt sprechen wollten. Und es war immer der Tenor: Wir haben eigentlich keinen Fehler gemacht, sondern die Leute verstehen es nicht, es ist für sie zu schwierig, es gibt Probleme und auch Böswilligkeiten und „Bashing“.

Das ist einfach ein Problem, damit lässt man sich nicht genügend auf die Fragen ein. Ich glaube eben auch, dass man keine persönlichen Gründe – das habe ich ja von Anfang an gesagt – anführen sollte, dass Politiker oder Politikerinnen plötzlich persönlich menschlich irgendwie nicht taugen. Das ist aus meiner Sicht kein sinnvoller Zugang. Man muss systemische Fragen stellen. Das hat mich wirklich erschreckt; die Vertreter aus Brüssel, die da waren, haben immer nur diese Perspektive gehabt. Das lässt sich ja alles verstehen. Aber mein Ansatz ist im Kern, unterschiedliche Perspektiven miteinander zu konfrontieren. Wir haben alle unsere Déformation professionnelle, wir haben unseren Gesichtspunkt und wenn wir dann lange genug in der Exekutive waren, dann denken wir immer in der Kategorie der Exekutive. Wenn wir aber lange genug frustrierte Opposition waren, dann nehmen wir nicht den Standpunkt der Exekutive ein, sondern nur den anderen. Und nur, wenn wir darüber ins Gespräch kommen, geht es, glaube ich, weiter.

Das ist ja auch im Grunde die Sache, die Trump macht. Trump sagt nicht, es gibt unterschiedliche legitime Perspektiven, sondern, ich habe Recht, alle anderen haben Unrecht. Das ist der Kern seiner Politik und dessen, was er dann auch ganz brutal anordnet. Und ich glaube, das ist das Zerstörerische bis vielleicht langfristig Selbstzerstörerische dieser Politik.

Aber jetzt: Wie können wir denn die Leute dazu bringen und wie können wir denn wirklich langfristig dazu einladen? Stuttgart 21, typisches Beispiel. Ich habe das mal versucht nachzuvollziehen. Wir haben eine sehr genaue juristische, verfassungsmäßige, gesetzliche Mitbestimmung bei Bauvorhaben. Ein Problem in der Kommunikation dabei ist, dass das einen langen Vorlauf haben muss. Stuttgart 21 etwa hatte insgesamt acht oder neun Jahre Vorlauf und war dann nur ein dreiviertel Jahr lang wirklich offen. Das heißt, wenn man jetzt will, dass das über die Bühne geht, dann ist es gut, dass es nur knapp ist, und das haben sie alle nicht gemerkt und dann sind wir weiter und es gibt keine rechtlichen Möglichkeiten mehr. Alles was danach rechtlich versucht worden ist, ist aus guten

rechtlichen Gründen abgewiesen worden, weil die Entscheidungsoffenheit nur ganz kurz war. Wenn man solch ein Projekt trotzdem hinkriegen will, muss man es aus meiner Sicht anders organisieren, dass es gesellschaftlich unterstützt wird. Man kann es nicht nur unter dem Aspekt, was jetzt rechtlich geboten oder notwendig ist machen, sondern muss auch beachten, ab wann eine solche Problematik für die Bürger relevant wird. Es ist ganz normal, dass das ganz lange nicht relevant wird, weil sie was anderes haben. Sie interessieren sich für ihre privaten Sachen. Und dann muss man durch Öffentlichkeitsarbeit, aber auch durch Anreize mit dafür sorgen, dass sich die Bürger, wenn es immer ernster wird, wirklich damit befassen.

Ich habe das Problem als Universitätspräsidentin gehabt. Ich habe meine Universität – und dazu brauchte ich Jahre – in eine öffentlich-rechtliche Stiftung umgewandelt. Als das losging und ich das in der Universität propagierte und darüber bei den Professoren und den Assistenten und der Administration geredet habe, da haben sich ganz wenige dafür interessiert. Viele haben, vor allen Dingen bei den juristischen Professoren, damit gerechnet, dass ich das gegen die Ministerin sowieso nicht durchkriege. Als die Ministerin plötzlich umschwenkte, aus welchen Gründen auch immer, und die Sache zu gelingen „drohte“, da kamen sie plötzlich an und haben natürlich den Vorwurf gemacht, dass ich das nicht früh genug kommuniziert hätte. Ich hatte es die ganze Zeit kommuniziert, aber sie haben es nicht für sinnvoll gehalten. Und dann ging erst das ganze Problem los, ob man als brandenburgischer Beamter nicht besser gesichert ist denn als Stiftungsbeamter. Und ehrlich gesagt, ich habe es mit Beteiligung gelöst. Ich habe den Obermotzter in der juristischen Fakultät gebeten, das mit



der Ministerin auszuhandeln. Das hat er auch gemacht und dann war die Sache gelaufen. Es ging, weil er selbst daran beteiligt war und jetzt genau wusste, welches die Vorteile und die Nachteile daran sind. Aber es ist wirklich eine Frage der Kunst, der Kommunikation, des Willens, und immer schwierig, gebe ich sofort zu, die Kommunikation so zu gestalten, dass die Leute auch mitmachen.

Was ich da will, mit der europäischen Sache, ist ja, ein finanzielles Anreizsystem zu geben, dass Kommunen Finanzen bekommen für Vorhaben und Investitionen aus Europa und dass sie die nur unter der Bedingung kriegen, dass sie die Stakeholder beteiligen. Das muss man noch präzisieren, aber ich finde, folgende drei „Sorten“ haben in der Entwicklungspolitik sehr gute Resultate erbracht: Unternehmer-/Arbeitgeberseite, also Kapitaleseite, Gewerkschaften, aber auch andere NGOs oder zivilgesellschaftliche Organisationen und die Politik. Und das, glaube ich, ist eine Konstellation, die helfen kann, auch die Multiperspektivität einzuführen.

Zudem ist es nötig, sich nicht in die eigenen „Echoräume“ retten zu können. Ist ja bequem, wenn ich dauernd bestätigt werde und alle sagen: „Na, ist doch wahr, kann man doch so sagen, ist doch so“. Das ist natürlich wunderschön, ich habe Recht und ich fühle mich wohl und bin klug. Aber in dem Moment, wo ich mich dann wirklich mit anderen Perspektiven auseinandersetzen muss, wird die Sache viel viel schwieriger. Aber das ist die Bedingung dafür, dass Multiperspektivität gedeiht und dass man damit wirklich was machen kann. Ohne eine Unternehmerperspektive können wir in unserer Gesellschaft nicht wirklich gedeihliche Sachen machen, aber ohne eine Gewerkschaft oder auch Kirchen oder NGO-Perspektive eben auch nicht. Und deswegen denke ich, wenn wir das jetzt alleine auf die deutsche kommunale Politik beziehen, dann – ich habe das ja auch vor dem Städte- und Gemeindebund vorgetragen, aber da immer mit der Perspektive Europa – wird man sich nicht nur darauf verlassen können, dass man sagt, hier steht was an, ich lade alle ein, es kommt niemand, also mache ich das Projekt weiter. Sondern man wird weitere Mobilisierungen, vielleicht mit sozialen Medien oder was auch immer, und zwar auch kontroverse Mobilisierungen brauchen. Und das ist nicht von vornherein die Einstellung von Verwaltungen oder in Berlin von Ministerien. Sie wollen eigentlich nicht wirklich gestört werden. Das kann ich ja auch verstehen, das muss man auch nicht übelnehmen. Alles psychologisch verständlich, aber ich glaube, die Grundeinstellung muss sein: Was stört, ist erst mal gut. Und so habe ich es auch als Hochschullehrerin immer empfunden. Wenn wir da welche hatten – ich bin ja in den 68ern und der Zeit danach groß geworden –, die so richtig auf den Putz hauten, fand ich das erst mal interessant.

Professor Dr. Christoph Bieber: Nochmal zu der Frage nach der Revitalisierung. Sie haben ja angesprochen, es geht dann auch um das Auseinandersetzen oder den Streit. Man könnte ja auch sagen: Wieso Revitalisierung? Wir können uns darauf verständigen, dass wir in Deutschland eine Demokratie haben, in der die Parteien nach wie vor eine große Rolle spielen. Wenn wir uns anschauen, wie sich die Parteienlandschaft in den letzten zehn Jahren verändert hat, können wir nicht wirklich sagen, da ist nichts passiert. Wir haben in den letzten Jahren zwei neue Parteien erlebt, eine, die Piratenpartei – dieser Zyklus geht so langsam dem Ende entgegen – hat ein

neues Thema in die Aufmerksamkeit, auch der Traditionsparteien, gebracht. Digitalisierung, das Thema sucht sich seine Wege in den verschiedenen Formen und Gestalten auf Länderebene, auf Bundesebene. Das war der eine Impuls, und da war es durchaus lebendig. Da gab es auf einmal 30.000 neue Mitglieder in der Partei. Sie sind in mehrere Parlamente eingezogen, es kamen neue Typen von Politikern in die Parlamente, von denen man feststellen musste, dass nur einige tatsächlich auch für diese Arbeit, die da notwendig war, geeignet waren.

Der Test, der gerade in den USA mit Trump und Co. läuft – noch ein bisschen früh, um sagen zu können, wie das weitergeht.

Und die andere – man muss ja leider sagen, aus der Perspektive der Parteienentwicklung erfolgreiche Gründung – war die Alternative für Deutschland. Da passiert relativ viel und es entwickelt sich dort auch einiges und da kann man nicht sagen, da ist es langweilig und tot.

Insofern, die Grundmechanismen funktionieren im Moment offensichtlich durchaus. Sie sind geeignet, Wähler zu erreichen, um Abgeordnete in Parlamente zu schicken. Dass wir das aus vielerlei Perspektiven nicht gut finden, steht auf einem anderen Blatt. Aber formal muss man zunächst sagen, was wir von Demokratie erwarten oder auch wie unsere Demokratie hier in Deutschland als Parteiendemokratie immer funktioniert hat und weiter funktionieren soll, ist durchaus noch gegeben.

Die Frage ist jetzt, wie reagieren denn die Traditionsparteien auf diese Entwicklung, welche Lehren ziehen sie daraus? Eignen sie sich bestimmte Arbeitsweisen an, die von den erfolgreichen Gründungen umgesetzt wurden? Das hat man z. B. bei den Piraten impulsweise in Teilen gesehen. Ich bin selber gespannt, wie sich das weiterentwickelt mit Blick auf die Kommunikationsstrategien, die die AfD in den bisherigen Wahlkämpfen gefahren hat und auch in den kommenden weiterhin fahren wird. Wie werden die Kommunikationsabteilungen der anderen das im Bundestagswahlkampf aufnehmen? Wird man sich auf dieses Spiel einlassen? Wird man versuchen, etwas anderes zu tun?

Aber der Vorwurf, dass es da nicht lebendig ist und dass es mehr Vitalisierung braucht, bei dem würde ich nicht mitgehen. Es vitalisiert sich aber vielleicht leider an den Stellen, wo man das nicht so gerne hätte. Schlüsse daraus zu ziehen, das ist jetzt die Aufgabe der anderen Parteien und davon kann natürlich auch ganz kontrovers im Streit die Demokratie, die uns vielleicht lieber wäre, oder der Bereich der Parteien der Demokratie, in denen wir uns wohler fühlen, profitieren.

Gesine Schwan: Gibt es bei den Gewerkschaften Untersuchungen darüber, wie weit die, die eher zur AfD neigen unter den Gewerkschaftsmitgliedern oder den Arbeitern, ihrerseits demokratisch aktiv sind? Das ist meine Frage, weil dahinter

bei mir die These steht: Diejenigen, die sich demokratisch engagieren sind weniger kritisch gegenüber der Demokratie und weniger anfällig für so etwas.

Elke Hülsmann: Ich denke, das ist jetzt eine gute Überleitung zum Schlusswort, das Andreas Meyer-Lauber spricht und damit vielleicht auch eine Antwort auf diese Frage gibt.

Ich danke an dieser Stelle euch/Ihnen beiden, euch allen, dass ihr da wart und gebe jetzt an Andreas Meyer-Lauber.



Nicht immer nur den giftigen Zwerg ins Bild holen

Schlusswort Andreas Meyer-Lauber



Ja, liebe Gesine Schwan, lieber Christoph Bieber, herzlichen Dank für die Einblicke und die nachdenklichen Ausblicke auf das Thema unserer Veranstaltung heute.

Herzlichen Dank für die Eindrücke, die vorsichtigen Einschätzungen und Ausblicke, was aus unserer Demokratie werden kann und wofür wir sie brauchen. Ich denke, dass die Frage im Raum bleibt: „Was ist denn jetzt für die politische Bildung dabei rausgekommen? Ich glaube, ein großes Lastenheft an möglichen Lehr- und Lerninhalten. Ich will aber auch noch einmal deutlich sagen, dass die politische Bildung die Aufgabe hat, den Menschen das Rüstzeug zu geben, um in diesen wirren, hochkomplexen Zeiten überhaupt einen Überblick zu behalten, oder noch besser: für sich einen Kompass zu entwickeln. Ich wünsche mir da Strukturwissen durch politische Bildung. Man lernt eigentlich relativ früh, dass es zwei große Steuerungssysteme gibt: die Märkte und die Demokratie.

Die Märkte sind vermessen, ausbaldowert, durchgerechnet auf zehn Stellen hinter dem Komma. Mit großen Anstrengungen werden sie optimiert. Das Bruttoinlandsprodukt, das können

wir messen auf ein paar Tausend Euro genau. Aber wo ist denn eigentlich die Vermessung der Demokratie und der demokratischen Prozesse, ihrer Leistungsfähigkeit? Das alles ist ideologisch zwanzig Jahre kontinuierlich zurückgedrängt worden, weil das Motto war: Die Märkte regeln es besser als die Demokratie.

Und wir sprachen sogar von marktkonformer Demokratie. Ich glaube, wir müssen die Diskussion wieder ein bisschen zurückholen. Wir müssen sagen, Demokratie ist der Teil, der immer dann besser steuert, wenn der Markt nicht funktioniert oder wenn wir Zusammenhalt suchen. Märkte stiften keinen Zusammenhalt, Demokratie ja. Und da die Menschen eine ziemlich große Sehnsucht danach haben, zusammen zu leben, die meisten auch Sehnsucht haben nach harmonischem Zusammenleben – das lernt man nur, wenn man auch durch Konflikte geht – das ist schon klar.

Aber ich glaube, dass an diesen Stellen die politische Bildung vielleicht auch nochmal so in ihrer eigenen Zielsetzung und Orientierung etwas nachlegen kann und sich selber zum An-

walt der Demokratie macht. Das wäre aus meiner Sicht die wichtigste Aufgabe, die alle hier im Saal Versammelten haben, wenn sie bei politischer Bildung aktiv sind.

Die anderen Unwägbarkeiten und Undurchschaubarkeiten der gegenwärtigen politischen Lage können wir hier heute nicht klären. Aber für die Gewerkschaften müssen wir deutlich sagen: Ja, wir wissen, dass es Mitglieder bei uns gibt und auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dazu neigen, antidemokratische Positionen zu beziehen, die vielleicht zu Rechtspopulisten abdriften. Aber wir sagen als aktiver Kern, als Verantwortliche in den Gewerkschaften, dass wir diese Auffassungen nicht teilen und dass wir sehr wohl um die Köpfe unserer Kolleginnen und Kollegen kämpfen, aber zu dieser Partei, die sich Alternative nennt, eine klare Haltung haben und die heißt: „Sie ist nicht wählbar für uns“.

An der Stelle einen klaren Strich, was die Partei und ihr Auftreten und ihre Flügel angeht – Höcke und andere muss ich ja nur benennen –, aber eine deutliche Trennung zu potenziellen Wählerinnen und Wählern, und ich sage, auch zu Kolleginnen und Kollegen. Da suchen wir die Diskussion, da suchen wir die politische Auseinandersetzung. Und ich glaube auch, dass wir da ganz gute Chancen haben und dass wir uns vielleicht heute auch mit dem ein oder anderen Argument wieder aufgerüstet haben.

Denn am Ende, auch für die beiden großen Wahlkämpfe, die in Nordrhein-Westfalen anstehen zur Landtagswahl und zur Bundestagswahl, fokussieren wir uns auf demokratische Politik, zeigen wir, wie demokratische Politik funktionieren kann und dass sie leistungsfähig ist und verlangen wir den Parteien ab, auf die Vorschläge und Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen einzugehen, die wir vortragen und damit selber demokratische Effekte erzeugen.

Das scheint mir manchmal wichtiger, als immer nur den giftigen Zwerg ins Bild zu holen.

Ich glaube, dass wir gut beraten sind, auch andere Themen in den Wahlkämpfen mitzuführen und dabei – und das kann man, glaube ich zu jedem Thema tun, egal ob wir über Rente, soziale Sicherheit oder über andere Dinge diskutieren – deutlich machen, dass demokratische Verfahren und Methoden und die aktive Beteiligung der Menschen der beste Weg sind, die Gesellschaft zu gestalten. Da sind die Gewerkschaften nicht ganz unerfahren, aber sie lernen im Moment heftig dazu und, das will ich an dieser Stelle auch sagen, das wünsche ich mir auch.

Verbleibt mir noch, mich bei euch allen, bei Ihnen allen für Ihre Geduld zu bedanken, für Ihr aktives Zuhören. Sie haben noch Gelegenheit, ein bisschen nachzuplaudern.



Und in dem Sinne darf ich nochmal sagen: Politische Bildung schafft Zukunft, vielleicht besser: Sie schafft Menschen, die die Zukunft gut gestalten können.

Herzlichen Dank und einen guten Nachhauseweg.



DGB-Bildungswerk NRW e.V.
Bismarckstraße 77
40210 Düsseldorf
Telefon: 0211 17523-149
Telefax: 0211 17523-161
info@dgb-bildungswerk-nrw.de
www.dgb-bildungswerk-nrw.de

Das DGB-Bildungswerk NRW ist qualitätszertifiziert nach EFQM recognised for Excellence 4 star